

Die Gewerkschaft.

Organ für die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Redaktion, Verlag und Expedition:
Berlin W. 57, Bülowstr. 21.
Telephon: Amt 9, Nr. 6488.
Die Gewerkschaft erscheint alle 14 Tage freitags.
Redaktionschluss:
8 Tage vor dem Erscheinen.

Motto:
Staats- und Gemeinde-Betriebe
sollen Musterinstitute sein.

Bezugspreise.
Durch die Post (Zeitungsvorliste Nr. 3164) ohne Beitzgeld 0,50 Mk. vierteljährlich, unter Streifenband 1,00 Mk. Einzelnummer 0,20 Mk.
→ **Anzeigen.** →
Die dreispaltige Zeitspalte 30 Pf.; bei Wiederholung billiger; für die Organisation der Gemeinde- und Staatsbetriebe 15 Pf.

Nr. 20.

Berlin, den 2. Oktober 1903.

7. Jahrg.

Redaktionschluss

Stets am Sonnabend Morgen vor dem Erscheinen. Für später eintreffende Einsendungen kann die Aufnahme erst in nächster Nummer zugesichert werden.

An unsere Mitglieder und solche, die es werden wollen!

Wir stehen am Anfang des Winterhalbjahres. Die Tage werden kürzer und die Abende länger. Nur wenige schöne Herbsttage noch und die Natur lockt uns nicht mehr zu sich hinaus. Viele Arbeiter kommen ja, dem Himmel sei es geklagt, selbst im Sommer selten, sehr selten dazu, draußen Erholung und Sammlung zu suchen. Evident die Sommertage für das Gewerkschaftsleben nicht gerade die tote Saison bedeuten — manchmal das trübe Gegenteil, so ist doch das Verammlungsleben im Winter immerhin reger. Der Reiz ist stärker, die Debatten lebhafter und auch unsere Propaganda setzt wieder energischer ein. Lange, trübe, regnerische Herbst und kalte Winterabende fördern die Lust zum Lesen. Neben dem Feuilleton für Wäcker, Jünglinge und Zeitgenossen.

Wir brauchen aus diesem Anlaß, wie es sonst wohl der Brauch ist, nicht zum Abonnement auf unsere Zeitschrift einzuladen, da die „Gewerkschaft“ ja als Verbandsleistung jedem unserer Mitglieder zugestellt wird.

Aber zur eifrigen Lesüre unseres Verbandsorgans wollen wir auffordern. Manches Mißverständnis und mancher Streit kann dadurch schon aus den Verammlungen fern gehalten werden, wenn die Kollegen hinlänglich informiert sind über Dinge, die sie angehen. Weiterhin wollen wir unsere Mitglieder auffordern zu eifriger Verbearbeitung! Je mehr Mitglieder unser Verband umfaßt, desto größer unsere Zeitung! Unsere Zeitung entspricht nicht im Entferntesten den Anforderungen, die hinsichtlich des vorliegenden Stoffes und dessen Bewältigung an sie gestellt werden. Das kann aber mit jedem Tage gebessert werden. Jedes weitere Tausend mehr Mitglieder ermöglicht die Ausdehnung des Mattes. Also darum strebt für Vergrößerung des Verbandes! Große und selbstgezügte Organisation und zwar nur diese bedeutet im wirtschaftlichen Leben tatsächlich mehr Macht! Alles andere ist Punsch! Gute Organisationen aber werden auch schon durch ihr Maß gut vertreten und darauf kommt viel an. In vielen Städten sind unsere Kollegen in Lohn- und Reklambewegungen eingetreten. Da gilt es Eile zu schaffen für die Situationsberichte. Ein Ueberblick über die Verhandlungen der Stadtparlamente soll die Erkenntnis ihrer Interessen bei unseren Kollegen und vor allen Dingen auch bei denen, die noch nicht organisiert sind, schaffen. Auf dem Gebiete der Sozialpolitik (Arbeiterberufsgesetzgebung, Arbeiterberufsgesetzgebung und deren Praxis) ist vieles für unsere Kollegen von Interesse.

Auch Berichte aus dem allgemeinen Gewerkschaftsleben des In- und Auslandes und besonders der ausländischen Gemeindearbeiterbewegung sollen gebracht werden. Das Ge-

nossenschaftsweisen wie überhaupt alles, was zu einer geordneten Arbeiterpolitik im Rahmen der Gewerkschaftsorganisation gehört, muß seine Pflegestätte auch bei uns finden.

Das kann alles nach und nach seiner Bewältigung entgegengeführt, aber wenn etwas Großes daraus werden soll, ist die Mitarbeit aller unserer Mitglieder notwendig! Im Vordergrund steht für uns: Unsere eigene Bewegung. Die muß erstarben. Gerade unsere Organisation ist wie keine andere berufen, auf die Arbeiterpolitik der Stadtgemeinden und der in Frage kommenden Staatsverwaltungen einen guten Einfluß auszuüben. Das ist auch schon in nicht unerheblichem Maße geschehen. Aber wenn irgend etwas geeignet ist, diesen Einfluß zu sichern, so ist das der ständige Aufklärungsdiens in der Organisation und die praktische Kleinarbeit, die zur Förderung des sozialen Fortschrittes da unermüdlich von Tausenden verrichtet wird und verrichtet werden muß.

Diese tausendfältige Kleinarbeit stellt aber dereinst in sich gesammelt eine soziale Großtat dar. Hoffen wir, daß uns unser gemeinschaftliches Mähen gelingt.

Darum frisch auf zu neuer Verbearbeitung in diesem Winterhalbjahr!

Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

Bezüglich der Sterbe-Unterstützung hat der Verbands-Vorstand nachfolgende Ausführungen beschlossen, um deren genaue Beachtung wir bitten.

Ausführungs-Bestimmungen

bezüglich der Sterbeunterstützung. (§ 12 des Statuts.)

§ 1. Sämtliche Verbandsfilialen erhalten Antragsformulare bezüglich der Sterbeunterstützung zugestellt, welche sie in den Beständen zu benutzen haben und deren Vordruck in allen Punkten genau zu beachten ist.

§ 2. Kauft bei dem Verbandsvorstande ein Antrag auf Gewährung von Sterbeunterstützung ein, so prüft der Hauptkassierer die Legitimation der Antragsteller, die Frage nach der Bezugsberechtigung und die Sterbeurkunde.

§ 3. Findet der Verbandskassierer, daß die Hauptkasse zur Zahlung der beantragten Unterstützung verpflichtet ist, so sendet er dieselbe an den in Frage kommenden Filialkassierer resp. Vertrauensmann, der die Unterstützung auszuführen hat.

§ 4. Von der erfolgten Zustimmung und Abendung der Unterstützung ist sofort der Filialkassierer und die Hinterbliebenen zu benachrichtigen.

§ 5. Der Filialkassierer sendet den von den Hinterbliebenen quittierten Betrag umgehend an den Hauptkassierer des Verbandes.

§ 6. In Fällen, wo über die Frage der Bezugsberechtigung Zweifel entstehen können, hat der Hauptkassierer den fraglichen Antrag der nächsten Vorstandssitzung zur Beschlußfassung vorzulegen.

Beschlossen in der Vorstandssitzung vom 4. September 1903.

Für den Verbandsvorstand.
H. Foersch.

Quittung der Hauptkasse.

Für das 3. Quartal gingen an Beiträge ein:
Berlin I 354,13 Mk., Berlin II 477,77 Mk., Berlin III 292,55 Mk., Berlin IV 194,58 Mk., Berlin V 1, Rate 400, — Mk., Berlin VII 163,38 Mk., Berlin VIII 35,57 Mk., Berlin XII 25,13 Mk., Berlin XIV 2, Rate 11,70 Mk., Berlin XV 55,30 Mk., Berlin XVI 92,70 Mk., Berlin XVII 121, — Mk., Berlin XVIII 11,73 Mk., Berlin (enl. Gesamtlisten) 2, Rate 265,33 Mk., Friedricksbagen 21,08 Mk., Richthofen 67,06 Mk., Mannheim

1. Rate 17,10 Mk., Schöneberg 69,67 Mk., Schmaragdort 362,10 Mk., Rixdorf 91,20 Mk.

Für die Protokolle des Verbandstages sandten ein: Berlin I 55,50 Mk., Berlin II 27, — Mk., Berlin VIII 6, — Mk., Berlin XI 19,50 Mk., Berlin XIV 9, — Mk., Bremen 28,50 Mk., Richthofen 9, — Mk., Rixdorf 9, — Mk.

G. Ahmann, Hauptkassierer.

Aus unserer Bewegung.

Die Bauergewerkschaft der Berliner städtischen Arbeiter nahm am 13. September in einer außerordentlichen Generalversammlung zu ihrer augenblicklichen Situation Stellung. Bekanntlich hat die Landesversicherungsanstalt Berlin die Gewährung einer Dorothea auf das projektivierte Genossenschaftshaus mit der Begründung abgelehnt, daß die Mitgliederzahl noch zu klein und die finanziellen Mittel des Vereins zu gering wären. Von einigen Seiten ist auf Grund dieses Faktums Anregung worden, das ganze Unternehmen zu liquidieren. Der Aufsichtsrat schlug dagegen vor, in eine Reorganisation des Vereins einzutreten. Die Reorganisation sollte zunächst beschränkt, den Kreis der Interessenten dadurch zu erweitern, indem die Genossenschaft zukünftig nicht nur für die städtischen Arbeiter da ist, sondern für alle Mieter ohne Unterschied des Berufs. Außerdem soll auch eine Änderung in den Verwaltungsgeschäften eintreten. Nach längerer Diskussion erklärten sich die anwesenden Genossen einstimmig mit den Vorschlägen des Aufsichtsrats einverstanden und wurde ferner der Vorstand ersucht, einen Reorganisationsplan auszuarbeiten und diesen einer späteren Verammlung vorzulegen. Dann wurde noch der Beschluß gefaßt, die Kündigungfrist von 3 auf 6 Monate zu erhöhen.

Berlin I b. Am 13. September fand die ordentliche Generalversammlung der Sektion bei Enald, Schöneleinstr. 14, statt. Von der Erscheinung war Kollege Dittmer erschienen, welcher einen Vortrag über: „Die Gewerkschafts-Organisation und ihre Vorteile für die städtischen Arbeiter“ hielt. Redner wies im besonderen auf die Notwendigkeit der Zentralisation hin, erörterte die Obliegenheiten der Arbeiter-Ausschüsse und gab ein Bild der Mißstände in den städtischen Betrieben Berlins, die dringend der Abhilfe bedürfen. Nur unausgegessenes Verben für den Verband kann uns dazu verhelfen. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. — In der Diskussion wies Kollege Wendi auf verschiedene Mißstände bei den Gesamtlisten-Arbeitern hin. Bei der nun folgenden Neuwahl des Vorstandes wurden gewählt: Wendi, 1. Vorsitzender, Großer, 2. Vorsitzender, Braun, Kassierer, Burthard, 1. Schriftführer. Der 2. Schriftführer wird von den Kollegen am Stralauer Platz gewählt. Desgleichen wird die Wahl der Vertrauensmänner von den einzelnen Anstalten vorgenommen. Kollege Wendi bringt in Anregung, eine Sektionskommission zu wählen, welche die Streitigkeiten der Kollegen beilegen soll. Demgegenüber wurde in der Verammlung laut, daß jeder Streitfall eocent. vom Vorstände bezw. von einer hierfür gewählten Kommission geschlichtet werden könne. Damit gab sich der Antragsteller einstimmig zufrieden.

Kollege Köhr beklagt sich, daß die Kohlenfarrer mit dem neuen Lohnsystem bedeutend schlechter gestellt sind. Ihm wird von verschiedenen Seiten erwidert, daß gerade unter den Kohlenfarrern so wenig Organisierte seien und daß nicht eher Besserung zu erwarten ist, bis auch sie die Notwendigkeit der Organisation erkannt haben. Mit einem Hoch auf den Verband wird die Verammlung geschlossen.

Berlin III. Nach Verlesung des Protokolls referierte Ortssekretär Schubert über die Gründe der Verhinderung der Filialen und erklärte das Reglement für die Filiale Groß-Berlin. Er legte besonders die Notwendigkeit des inneren Ausbaues des Filiale und der Sektionen klar. Ferner berichtete er über die Art des Vertragsausmaßes und erwähnte, daß die Filiale III den Wunsch geäußert habe, Hauptkassierer einzuführen. Die Entscheidung sei gernicht abgesehen, aber es mißte die Angelegenheit noch eingehend untersucht und behandelt werden. Die Diskussion war recht lebhaft.

In den Sektionsversammlungen wurden gewählt: 1. Heinrich Bartel, Sektionsführer, Leitzeustraße 4, 2. Eduard Volkmann, Kassierer, Straßmannstraße 16, 3. August Pohl, Schriftführer, Rehrstraße 5.

Zur Wahl der Vertrauensmänner traten mehrere Kollegen. Nichtig stellte den Antrag, für die Verfassung

und Windmühlenberg je einen Beitragsammler zu wählen, für die Kolonnen kann die Sektionsleitung je nach Bedarf die Beitragsammler ernennen. Es wurde für die Werkstatt Kollege Guisao Stroh und für Windmühlenberg Kollege Theinert gewählt. Kollege Wolfmann schlägt für die Kolonnen die Kollegen Abrahamsohn, Trätsch, Fiedig, Stengert und Hering 1 vor, die selben nehmen das Amt an und wurden von der Versammlung bestätigt.

Sodann kam eine Besprechung über den Arbeiterausschuss zur Sprache, weil immer noch keine Sitzung stattgefunden. Der Ausschuss müsste energischer seine Rechte und die Interessen der Mitarbeiter wahren. Die anwesenden Ausschussmitglieder verteidigten sich dagegen und teilten mit, dass zwecks Abhaltung einer Ausschuss-Sitzung die Petitionen schon seit Monat Februar hin und her gehen. Es war Beschwärde bei der Direktion geführt, dann bei der Deputation und dann wurde verlangt, der Ausschuss solle die Punkte der Tagesordnung begründen, was auch geschehen ist. Die Begründung ist am 1. September abgelehnt worden. Nun können die Ausschussmitglieder wieder eine ganze Zeit warten, bis die Antwort eintreffe und es werde die Sache zunächst in die Länge gezogen. Nach weiterer Diskussion über diesen Punkt schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Wap auf das Gedeihen unseres Verbandes.

Berlin IX. (Generalversammlung der Revierinspektionsarbeiter am 18. September im Rosenhaller Hof.) Unter den Mitgliedern unserer Zentrale hatte eine Urabstimmung über die Einführung einer Krankenreise, Erzieherunterstützung, legierte nur für Familienmitglieder, stattgefunden. Der Vorstand hatte hierzu eine wöchentliche Extraleure von 5 Pfg. gebietet. Für diesen Antrag waren 216 Stimmen, dagegen 47 Stimmen abgegeben und einige Stimmen waren zerplittert. Der in derselben Sache von Bericht gestellte Antrag ist somit abgelehnt. Der vorhandene Vergütungsantrag soll als Grundstock für diesen Unterstützungsantrag dienen. Sodann wurden bezüglich der künftigen Markenabrechnung mehrere Erläuterungen gegeben. Die Wahl der Sektionsleitung ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender G. Weidwald, 2. Vorsitzender P. Strauß, Kassierer Lutz, 1. Schriftführer W. Lamm, 2. Schriftführer Gruner. Diese Wahlen gelten bis zum 1. Januar 1904. Alsdann wurden für die Krimittelhauer Textilarbeiter 30 Mark bemittelt und außerdem die Ausgabe von Zettelbüchern beschlossen, deren Leberbücher ebenfalls der Krimittelhauer zugute kommen sollen. Der früher einmal gefasste Beschluß, für das Geschäftsjahr die Abrechnung drucken zu lassen und in jedem Mitgliede zugänglich zu machen, wurde der veränderten Umstände halber aufgehoben.

Vom 1. Oktober ab sollen 25 Pfg. Marken zur Ausgabe gelangen. Die näheren Bestimmungen über das Unterstützungsverfahren werden in nächster Nummer bekannt gegeben.

Berlin X. (Köhrenhöfen.) Versammlung am 20. September. Der Besuch war schwach. Kollege Bürger referierte über den Berliner Organisationsplan. Dem schloßen sich die Wahlen der Sektionsleitung und der Beitragsammler an. Als Sektionsführer wurde Kollege Zauer, als Sektionsammler Kollege Apel und als Schriftführer Kollege Meier gewählt. Die Sektionsleitung tritt am 1. Oktober ihr Amt an. Ferner wurden die Kollegen Deeg, Niebs, Rainoda, Apel, Schmidt, Matthes und Müller für ihre respektiven Kolonnen als Beitragsammler gewählt. Die kleinen Kolonnen bezahlten alle beim Kollegen Müller. Darauf entspann sich eine umfangreiche und lebhafte Debatte über einen Antrag des früheren angebliebenen Verbandsmitgliedes Kellers. Kellers hatte, als er noch Schriftführer des Zentraleverbandes war, sich aus der Zentrale 10 Mark geliehen und sich durch Unterschrift zur Rückzahlung am 15. August verpflichtet. Am 15. August verweigerte er die Zahlung und am 16. August erklärte er in der Versammlung auf Verlangen, daß er die geliehenen zehn Mark überhaupt nicht wieder zurück zu zahlen gedächte, da er noch Forderungen an die Zentrale habe. Der heutige Versammlung lag nun ein Schreiben Kellers vor, in dem er seine Forderungen „begründete“. Er habe in den drei Quartalen, während welche er dem Verbande „angehöre“, sich an drei Arbeiterausschüssen beteiligt und dort 10 Mark, 1 Intervallion und 3 Gulden betreten. Ferner habe er weitere schriftliche Arbeiten angefertigt, deren Umfang er auf mindestens 20 Arbeitsstunden a 10 Pfg. = 20 Mk. schätze. Dinstag können noch im Laufe der Zeit angefertigte und auf Detektivabende abgegebene Handzettel, angeblich 200 Stück, was ebenfalls mit 20 Arbeitsstunden zu berechnen sei und wiederum 20 Mk. ausmache. Des ferneren habe er alle die Versammlungsberichte der Zentrale geschrieben, was er mit mindestens 1 Mk. bewerte. Am ganzen habe er also, ohne unbedeutend zu sein, mindestens 20 Mk. zu fordern. Aber er wolle sich mit der Hälfte begnügen und er beantrage daher, daß ihm diese 10 Mk. bewilligt würden. Ueber dieses Verlangen herrschte nur eine Meinung in der Versammlung: Unmöglich. Was die Kollegen aber noch mehr entrüstete, war die Unverschämtheit Kellers, daß er sich gerade bei dieser Gelegenheit als unentwegter Sozialdemokrat vorstellte, der die Prinzipien und die Solidarität allezeit hochhalte und vor Moral förmlich troffe. Zum Ueberflusse stellte sich auch noch heraus, daß Kellers 2 1/2 Jahre zwar dem Zentraleverband angehört, aber es nicht für nötig befunden habe, auch nur einen einzigen Wochenbeitrag während dieser Zeit zu zahlen. Die Versammlung beschloß daher, auf den Kellerschen Antrag nicht eher einzugehen, bis er durch sein Mitgliedsbuch bewiesen habe, daß er tatsächlich berechtigtes Verbandsmitglied sei. Im übrigen aber sei auf die Rückzahlung der beunten 10 Mark zu dringen. Und dieser Mann war Revier für die Hauptkasse!

Berlin XVII. (Personal der Zentraleamt Herzberge.) Am 9. September fand im Lokale des Herrn Köhlich eine leblich besuchte Versammlung statt. Kollege Bürger hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das Thema: Die Gemerkschaft als Kulturträger. Darauf erfolgte eine eingehende Erläuterung des neuen Organisationsplanes der Zentrale Groß-Berlin, der sich eine Besprechung angeschlossen über die Handhabung der Gemerkschaft. Der Rest der Verhandlungen befaßte sich noch mit den Verhältnissen des Personals. Wir verweisen diesbezüglich auf den Artikel betreffend die Lage des Personals der Berliner Kranken- und Zentrale in dieser Nummer.

Damburg. Am 18. d. M. berichteten wir, daß wir von 24 verschiedenen Reforts den zuständigen Deputationen eine Eingabe, in der um eine Neuordnung der Wohnverhältnisse u. nachgesucht wird, unterbreitet hätten. Hierunter waren auch die Gaswerke genannt. Da aber auf den beiden Gaswerken die Feuerentzündung und die ganze Betriebsweise eine grundverschiedene und somit auch die Arbeitsmethode und Arbeitsleistung bei weitem nicht dieselbe ist, konnten sich die Kollegen über eventuell aufzunehmende Verneinungen bezüglich der Neuordnung der Wohn- und Arbeitsverhältnisse mit schwer einigen und haben sich aus diesem Grunde die Verhandlungen etwas hingezogen. Jetzt ist der Deputation für das Verlehnungsverfahren diese Eingabe aufgrund und in Gemäßheit der Beschlüsse der am 2., 3., 7. und 10. d. Mts. stattgefundenen öffentlichen Versammlungen der Gasarbeiter unterbreitet worden. Die beteiligten Arbeiter erheben die Deputation:

1. Eine Vollerhöhung für sie eintreten zu lassen und zwar:

- a) für die Arbeiter des inneren Betriebes (Retortenarbeiter, Kohlenfänger u.) eine Zulage von 30 Pfg. pro Tag und für die Arbeiter des äußeren Betriebes (Wasserwerke u.) eine solche von 40 Pfg. pro Tag;
- b) die amperhalb der durch die Arbeitsordnung fest gesetzten betriebsmäßigen Arbeitszeit zu leistende sogenannte Leberarbeit mit einem entsprechenden, rundenweise zu berechnenden Aufschlag von 25 Pft. für die Zeit von morgens 5 1/2 Uhr, von abends 6 1/2 Uhr und an Sonn- und Feiertagen bis mittags 12 Uhr, und 50 Pft. für die Zeit von abends 9 bis morgens 5 Uhr, an Sonn- und Feiertagen nach mittags 12 Uhr und an den ersten Feiertagen der drei hohen Feiertage zu vergüten;
- c) für das Vöhen der Kohlen den Affordobeln von pro Tonne 32 Pfg. auf 35 Pfg. zu erhöhen;
- d) den Arbeitern (auch den im äußeren Betriebe beschäftigten) alle 3 Wochen einen dienstfreien Sonntag zu gewähren und für denselben den Lohn zu zahlen.

II. Die Arbeitsleistung für die Arbeiter des inneren Betriebes auf das Maß der sogenannten Sommerarbeit zu reduzieren.

III. Die sich aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch, § 616, ergebenden Vorteile zu gewähren:

- a) die Differenz zwischen Krankenlohn und Lohn im Krankheitsfalle zu zahlen; während des ersten Dienstjahres für 2 Wochen, während des zweiten Dienstjahres für 4 Wochen und für die fernere Dienstzeit auf die Dauer von 6 Wochen;
 - b) für die Dauer etwaiger Kezere- und Landwehrübungen den Lohn zu zahlen;
 - c) falls Verurlaubungen sich aus familiären oder anderen Gründen notwendig machen, den Lohn zu zahlen; im ersten Dienstjahre auf die Dauer von drei Tagen und für jedes fernere Jahr einen Tag mehr, bis zu einer Woche.
- IV. Die Berechtigten in den Genuss eines alljährlichen Erholungsurlaubes zu setzen. Derselben zu bemessen: nach dem ersten Dienstjahre auf drei Tage, steigend nach jedem weiteren Dienstjahre um einen Tag, bis zu 7 Tagen (einer Woche).

V. Für die Wahl des Arbeiterausschusses die direkte Wahl mit geheimer Stimmabgabe einzuführen.

Ueber den Stand unserer Wohnbewegung werden wir in der nächsten Nummer eingehend berichten.

Damburg. Mitgliederversammlung am 17. September in der Festhalle. Der Arbeitersekretär A. Schöne sprach in verfallig aufgenommenem Maße über das Krankenversicherungsverfahren in Damburg. Das Zimmerverhältnis hat der Zentrale eine Mehrerhöhung von 20 Mk. gebracht. Der Betrag wird dem Unterstützungsantrag übergeben. Am Sonntag, den 18. Oktober 1903, soll im Lokale des Herrn Springborn (großer Saal) eine öffentliche Versammlung für die in Damburg Zentrale stehenden beschäftigten Arbeiter und Unterangehörten stattfinden, in der der Sekretär Hermann Schubert aus Damburg über das Thema: „Die Alters- und Hinterbliebenenversicherung der Arbeiter und Unterangehörten in den Staats- und Gemeinbetrieblichen“ sprechen soll. Der Senat, die Kuratenschaft, die Presse und sonstige Korporationen und Einzelpersonen, die im öffentlichen Leben Damburgs hervortreten, sollen zu dieser Versammlung durch ein Zirkular eingeladen werden. Der Senat erhebt die Verlehnung, eventuell eintrachtliche Verhandlungen im Lohn- und Arbeitsverhältnis, als Vollerhöhung bezw. Abzug, Verlehnung bezw. Verlehnung der Arbeitszeit, ob dieses mit oder ohne notwendige Änderung der Arbeitsordnung und Unterstützung bezw. Entlastung, sofort dem Zirkularerlass mitzutheilen.

Arsfeld. Ein nicht gerade munterglühendes Vorgehen wird von der Verwaltung der Krefelder Gasanstalt befehle. Am Vorabend wurde dort bekanntlich die acht stündige Arbeitszeit für Betriebsleute eingeführt. Der Trud durch die Organisation spielte hierbei eine nicht unbedeutende Rolle. Selbstverständlich war es dann das Bestreben der Verwaltung, diesen Trud auf das denkbar mildeste Maß herabzusetzen. Man tritt des halb in erster Linie dazu, die Handarbeit durch Maschinenleistung zu ersetzen. Alles, was bisher Menschenhände

getan, fiel alsbald den Maschinen zu. Der Kohlen- und Koks-Transport sowohl wie das Retortenfüllen und -ziehen geschieht seit diesem Frühjahr auf mechanischem Wege. Das Resultat dieser Einführung war begreiflicherweise die Entlastung einer großen Anzahl Arbeiter. Die Organisation bekam dadurch einen derben Schlag; die Entlastungen schieden natürlich aus dem Verbande. Außerdem wurde der Verband den Verbleibenden nahe gelegt, nun ebenfalls den Verband zu meiden, da doch ihre Wünsche jetzt erfüllt seien und jeder Grund, dem Verbande auch fernertun noch anzugehen, weggefallen sei. Die Mehrzahl der Kollegen kam dieser inoffiziellen Aufforderung auch nach, bald aber mußten sie gemahnt werden, daß die Sache doch nicht so glatt von hatten geht und daß die gemerkschaftliche Organisation der Arbeiter sehr gut in der Vermeidung von Verlehnungen der Arbeitsverhältnisse. Die Bedienung dieser Maschinen ist nämlich ziemlich anstrengend. Sie wird auf der dortigen Anstalt während des Sommers durch Kolonnen von 5 Mann, mit Vorarbeit, vorgenommen. Bei der seit mehreren Wochen schon geleisteten Arbeit haben diese Kolonnen jedoch, trotzdem es die Arbeiter verlangten, keine Verlehnung erfahren. Die Betriebsleute klagen infolgedessen über allzu starke Ausnutzung ihrer ohnehin schon hart im Anbruch genommenen Arbeitskraft. Verlehnung greift auch der Stande Flag, es ist sich leicht abzunehmenden Maschinen nur auf Kosten der Arbeiter gehalten werden. Die Verwaltung der Krefelder Gasanstalt würde deshalb auf von den Männern der Arbeiter nach Verlehnung, der Kolonnen Rechnung zu tragen, damit die Unzufriedenheit nicht wieder überhand nimmt. Den Gasarbeitern Krefelder empfehlen wir aber, sich wieder fester zusammenzuschließen, den Verband am dortigen Orte anzugehen, auf daß sie gegen dergleichen Ausnutzung ihrer Arbeitskraft mit Nachdruck aufpassen können.

Unter den städtischen Arbeitern Leipzig macht sich neuerdings eine Bewegung zugunsten der Erlangung von Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung geltend. Sicherem Vernehmen nach soll zwar schon seit längerer Zeit im Schoße der Stadtverwaltungen hierüber beraten werden, praktische Gehalt haben jedoch diese Verhandlungen noch nicht gezeitigt, hören wir, daß dies bald geschieht. Außerdem sind die Arbeiter der Stadtverwaltung und des Gaswerkes unzufrieden mit dem Reglement für die Arbeiterauschüsse, da nach diesem nur Personen in den Ausschuss gewählt werden können, welche schon länger wie 6 Jahre in städtischen Diensten beschäftigt sind. Die Wahlberechtigung ist gleichfalls an 3jährige Dienstzeit gebunden. Die Leipziger Kollegen haben infolge dessen in einer am 26. September abgehaltenen und von etwa 1000 Personen besuchten Versammlung Stellung zu diesen Dingen genommen und auch beschlossen, daß an den Rat der Stadt eine Eingabe gemacht werden soll, in der unter näherer Begründung um Einführung von Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung sowohl wie um weitere Einführung von Arbeiterauschüssen und die Verbesserung des Wahlreglements hierzu gebeten werden soll. Näheren Bericht von dieser Angelegenheit bringen wir in der nächsten Nummer.

Wagdeburg. Unsere Septemberversammlung war leider sehr schwach besucht. Es hat nun an der Wagdeburger Meise gelegen hat, oder ob da andere Umstände eingewirkt hat, ist nicht absehbar. Jedenfalls muß aber diese Gleichgültigkeit, wie sie in dem letzten einiger Zeit chronisch gewordenen schlechten Versammlungsbesuch zu Tage tritt, bald werden. Unsere Wagdeburger Kollegen sollten bedenken, daß ein trübes Verbandsleben einem künftigen Zunft gleich ist. Und so ein Verbandsmitglied schädigt nicht nur die Bewegung, sondern auch die Kollegen in der Wahrnehmung ihrer Interessen.

Die Versammlung gibt sich die denkbar größte Mühe, um die Versammlungen interessant zu machen, und da wäre es doch gewiss Sache unserer Kollegen, durch regen Versammlungsbesuch die Entleerung zu unterbinden. Wir hoffen gernerlich, daß dieser Zahlenstand nicht weiter eintreffe. Die Vorstandsollegen haben auch ein Recht zu verlangen, daß ihre Vermittlungen, die bisherige Bewegung im Auge zu halten, durch guten Versammlungsbesuch anerkannt werden. Auch die Versammlung befaßte sich mit dieser Sache und beschloß, eine Agitationskommission zu wählen, bestehend aus fünf Personen. Jedes Kommissionsmitglied soll sich verpflichten, mindestens alle Vierteljahre einen Vortrag in den Mitgliederversammlungen zu halten. Diese Vorträge sollen sich mit Verhandlungen, allgemeinen gemerkschaftlichen Sach- und sonstigen sozialen Verhältnissen befassen. Ferner sollen von Zeit zu Zeit öffentliche Versammlungen veranstaltet und dazu geeignete Referenten bestellt werden. Auch soll der Hauptort der Versammlung, diesen Kommissionsmitgliedern das „Rotteplundblatt der Generalkommission“ zu liefern, damit diese daraus weitere Verlehnung schöpfen können.

Bei dieser Gelegenheit wurden Beschlüsse gegen die Aulassung von, die Schriftführer vorgebracht, und zwar von solchen Kollegen, die es nie der Mühe wert erachteten, in den Versammlungen zu erscheinen. So vollkommen nun einem Vorstand eine Kritik sein kann, so muß es aber doch ersten-tätlich gehalten sein und zweitens von solchen Kollegen geübt werden, die durch regelmäßigen Versammlungsbesuch ein Recht zu Kritik erworben haben. In diesem Sinne bewegen sich die Erwiderungen vom Vorstandes her.

Die folgende Debatte bewegte sich um den Abfall der Protokolle vom Verbandstage. Viele Kollegen meinten, daß den Beschlüssen des Verbandstages zu erfüllen und 15 Pft. dafür zu erlegen. Die: Jubirentismus wurde von einigen Kollegen abgelehnt und darauf folgender Beschlus gefasst: Die Kollegen sind moralisch verpflichtet, für den Preis von 15 Pft. ein Protokoll zu entnehmen. Sodann wurde auf die

Beilage zu „Die Gewerkschaft“.

Nr. 20.

Berlin, den 2. Oktober 1903.

7. Jahrg.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1902.

Die für das Jahr 1901 erstmalig von der General-Kommission aufgenommene Statistik der deutschen Gewerkschaftskartelle wurde auch für 1902 fortgesetzt und von der General-Kommission zu einer dauernden Einrichtung gemacht. Damit wurde eine wertvolle Ergänzung der Statistik über die deutschen Gewerkschaften geschaffen. Die Beurteilung des Wertes der Gewerkschaftskartelle ist noch sehr verschiedenartig und die Statistik wird in erster Linie dazu beitragen, den Wert und den Nutzen der örtlichen Gewerkschaftskartelle richtig beurteilen zu können. Andererseits bietet die Statistik eine Menge Hinweise auf die Gebote, auf denen die Kartelle ihre Tätigkeit entfalten können und somit zu immer besserer Ausgestaltung der Kartelle an.

Von den am Schlusse des Jahres 1902 bestehenden 393 Gewerkschaftskartellen sind 365 an der Statistik beteiligt. Es war leider nicht möglich, von allen Kartellen Berichte zu erhalten, jedoch ist die Beteiligung eine etwas bessere als 1901, indem 93 Prozent der Kartelle an der vorliegenden Statistik beteiligt sind, gegenüber 90 Prozent im Jahre 1901.

Von 365 Kartellen gehören insgesamt 4742 Organisationen mit 614722 Mitgliedern an, gegen 3935 Organisationen mit 481718 Mitgliedern im Jahre 1901. Die größere Zahl der Organisationen, sowie auch der Mitglieder ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß Kartelle hinzugekommen sind, die für 1901 nicht berichtet hatten und zum Teil auf das Anwachsen einzelner Kartelle.

Von den Kartellen umfaßt Organisationen:

Kartelle	1901:		1902:	
	Organisationen	Mitglieder	Organisationen	Mitglieder
61	1 5	66	1-5	
118	6-10	131	6 10	
58	11 15	75	11 15	
33	16 20	35	16 50	
28	21 30	31	21 30	
10	31 40	16	31 40	
5	41 50	7	41-50	
5	über 50	4	über 50	

Die Zahl der Kartelle mit mehr als 50 ange-schlossenen Organisationen ist, obwohl Leipzig zu dieser Gruppe hinzugerechnet ist, doch zurückgegangen. Es haben die Kartelle in München und Nürnberg, die für 1901 60 resp. 57 angeschlossene Organisationen verzeichneten, für 1902 nur 40 resp. 30 angeschlossene Organisationen angegeben. Für beide Orte ist aber die Frage nach den außerhalb des Kartells stehenden Organisationen nicht beantwortet worden, sodaß sich nicht angeben läßt, ob Organisationen aus dem Kartell ausgeschieden sind, oder sich mit anderen vereinigt haben. In den meisten Kartellen ist eine wesentliche Veränderung in dem Bestand der angeschlossenen Organisationen nicht eingetreten. Die Zahl der 1901 nicht angeschlossenen Organisationen betrug 995. Die 21 Kartelle, welche 1901 in der Statistik geführt sind, aber für 1902 keine Angaben gemacht haben, hatten 189 angeschlossene Organisationen, sodaß für die Kartelle, welche für beide Statistiken berichteten ein Bestand von 3806 Organisationen zu verzeichnen ist. Neu in der Statistik geführt sind für 1902 insgesamt 65 Kartelle. Diese haben 815 angeschlossene Organi-sationen, sodaß sich für die Kartelle, welche in beiden Statistiken verzeichnet sind, ein Zuwachs von insgesamt 418 Organisationen ergibt.

Viele Vereine waren 1901 in 28 Kartellen 58 mit 10572 Mitgliedern vertreten, während 1902 in 36 Kar-tellen 84 lokale Vereine mit 12589 Mitgliedern ver-treten sind. Daß die Zahl der den Kartellen ange-schlossenen Vereinskörper ist tatsächlich in dem Umfang vermehrt habe, ist nicht anzunehmen. Schon 1901 dürfte die Zahl der angeschlossenen Vereinskörper größer ge-wesen sein, als in der Statistik angegeben, jedoch haben eine Anzahl Kartelle darüber keine Auskunft erteilt. Teil-weise würden die Vorliegenden der Gewerkschaftskartelle der Ausfüllung der Fragebogen noch nicht die nötige Sorgfalt; doch ist darüber bereits viel weniger zu sagen, als dies für 1901 der Fall war.

In vier Orten gehören auch noch sonstige Gewerkschaften dem Kartell an. Es sind dies in Karlsruhe und Stuttgart die Zweigvereine des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsvereins, in Leipzig die Elektromonteur- und Kurbelarbeiter und in Schweinfurt der Gewerksverein der Feuerarbeiter (Dürk-Dünker).

Von den Zweigvereinen der an die General-Kommission angeschlossenen Verbände gehören in den Kartellen 471 den Kartellen an, während 288 außerhalb der Kartelle stehen. Die Holzarbeiter mehren die größte Anzahl der den Kartellen angeschlossenen Zweigvereine auf mit 342. Dann folgen die Metallarbeiter mit 304, die Zimmerer mit 209, die Schmied- und Eisenarbeiter mit 15 und den Schneider mit 19. Die Gründe für das Fortbleiben der 288 Zweigvereine werden zum größten Teil in örtlichen Verhältnissen zu suchen sein, weil eine prinzipielle Gewerkschaft gegenüber den Kartellen kaum als Ursache des Nichtananges angun-

nehmen ist. In den meisten Berufen hat sich auch gegenüber 1901 die Zahl der den Kartellen nicht-angeschlossenen Zweigvereine verringert.

Gegenüber 1901 sind im Jahre 1902 in den Kartellen 133004 Mitglieder mehr vertreten. Von dem in der Statistik für 1901 verzeichneten 481718 Mit-gliedern befanden sich 246268 = 51 Proz. in 21 Groß-städten, während von den 614722 Mitgliedern, welche die Statistik für 1902 ausweist, 338865 = 55 Prozent in 23 Großstädten waren. Diese Großstädte bildeten 1901 6,6 Prozent der Orte, aus welchen Kartellberichte eingingen und 1902 6,3 Prozent dieser Orte. Es ist hierin der Reiz zu erblicken, daß man die Bedeutung und den Einfluß der gewerkschaftlichen Organisationen nicht nach dem Prozentant der Organisationen gegenüber der Zahl der Berufsangehörigen abschätzen darf. Nach der Gewerkschaftsstatistik sind von sämtlichen in Frage-kommenden Berufsangehörigen 14,2 Prozent organisiert. Diese würden, wenn sie gleichmäßig auf das ganze Reich sich verteilen, allerdings eine untergeordnete Bedeutung haben. Da aber in bestimmten Bezirken ein weit größerer Prozentant der Berufsangehörigen organi-siert ist, dadurch erlangen die Gewerkschaften ihre tat-sächliche Bedeutung. Da wo das Gros der Organisierten sich befindet, können die wirtschaftlichen Kämpfe mit Er-folg geführt werden, und der hier erzielte Erfolg muß mit Naturnotwendigkeit auch auf die Lage der Arbeiter in jenen Bezirken, in denen es an gewerkschaftlicher Organisation noch mangelt, günstig wirken. Nach Großgruppen geordnet, verteilen sich die Mitglieder der den Kartellen angeschlossenen Gewerkschaften wie folgt:

1901		1902	
Kartelle	Mitglieder	Kartelle	Mitglieder
12	bis 100	21	bis 100
50	101-200	46	101-200
42	201-300	56	201-300
60	301-500	66	301-500
66	501-1000	67	501-1000
55	1001-2500	59	1001-2500
15	2501-5000	27	2501-5000
12	5001-10000	12	5001-10000
5	10001-25000	8	10001-25000
2	über 25000	2	über 25000

Wirksamkeit und Einrichtungen der Kartelle.

Den Kartellen liegt neben der Agitation für Aus-breitung der Gewerkschaften und Schaffung der allen Organisationen dienenden Einrichtungen auch die Ver-pflichtung ob, alle Vorgänge im gewerkschaftlichen Leben an Orte zu registrieren. In dieser Beziehung scheinen aber die meisten Kartelle noch zu vertragen.

So sind z. B. die Angaben über die im Laufe des Jahres am Orte geführten Streiks völlig unzureichend. Die Kartelle sollten von allen, am Orte geführten Streiks Notiz nehmen, um durch das so gewonnene Material die Streitstatistik der Verbände ergänzen zu können. Die Zentralverbände registrieren die Streiks, welche von ihren Organisationen geführt werden, nicht aber die von anderen Gewerkschaften oder von Unorganisierten geführten. Eine Ergänzung der Streitstatistik nach dieser Richtung ist also notwendig.

Nach den eingelaufenen Berichten besaßen ein Ge-werkschaftshaus 19 Orte und zwar: Berlin, München, Butz, Braunschweig, Breslau, Dresden, Düsseldorf, Götterfeld, Kosenheim*, Jüterbog, Frankfurt a. M., Hannover, Kronach, Ludwigsburg a. W., Mannheim, Offenbach a. M., Ratingen*, Stralund, Stuttgart und Wiesmar*.

Daß in den mit einem * bezeichneten Orten tat-sächlich von den Gewerkschaften errichtete und unter-haltene Gewerkschaftshäuser bestehen, ist jedenfalls fraglich; jedoch läßt sich aus dem, was von den betroffenen Gewerkschaftskartellen zugegangenen Material nichts anderes entnehmen. Die diesbezügliche direkte Frage ist in den Fragebogen bestimmt mit „Ja“ beantwortet.

Zentral Arbeitsämter sind in nachstehenden Orten vorhanden: Bamberg, Berlin, Grimnitzbach, Korb i. V., Köhneck, Kosenheim, Schmöln S. A. und Seibitz.

Ein Anstufungsbureau unterhalten 103 Kartelle, einen Versammlungssaal 77, eine Centralherberge 29 und 100 haben eine Herberge beim Gastwirt unter ihrer Kontrolle.

Eine gemeinsame Bibliothek wird von 165 Kartellen unterhalten, ein Lesezimmer haben jedoch nur 21 Kartelle eingerichtet und zwar die in Bamberg, Berlin, Weidach a. Rh., Celle, Charlottenburg, Gammendingen, Griesau, Grlangen, Korb i. V., Korberradt, Lehr Haben, Lambrecht, Mannheim, Minden i. N., Nauen, Kosen, Kosenbach a. S., Kuhlha, Schwemdingen, Seelitz, Spremberg, Stralund, Stuttgart, Jüterbog. Im Jahre 1901 waren es erst 11 Kartelle, welche dem Lesezimmer und Bibliotheksbureau der Arbeiter Rechnung tragen, viele sind immer unterhalten. Da die Zahl sich mehr als der-doppelt, ist ein erfreuliches Zeichen. Inwieweit ist jedoch, daß bei Gründung von Gewerkschaftshäusern nicht immer die Einrichtung eines Lesezimmers mit ins Auge gefaßt wurde. Nur in Berlin, Mannheim, Stra-lund, Stuttgart, sind Lesezimmer in den Gewerkschaftshäusern eingerichtet.

Nur 19 Kartelle an öffentlichen Vespallen betrieht.

Von 55 Kartellen wird berichtet, daß sie teilnehmen an Vortragsreisen und Vorträgen und 73 beteiligen sich an Volksvorstellungen, während 71 an sonstigen Einrichtungen, wie Weihnachtsgesellschaften usw. Anteil nehmen.

Die Kartelle in Altenburg S. A., Naun i. B., Zuhl und Wiesbaden lassen auch den Ferienkolonien ihre Unterfertigung zu teil werden und das Dresdner Kartell unterhält selbst, ohne kommunale Beihilfe eine Bäderhalle.

Daß die Fülle der Statistik nicht die genügende Beachtung erfährt, liegt wohl hauptsächlich daran, daß zu solchen Arbeiten nicht unerhebliche Mittel und auch brauchbare Kräfte vorhanden sein müssen. Und doch könnten die Kartelle sich auf diesem Gebiet erfolgreich betätigen.

Von 74 Kartellen wurden im Jahre 1902 insgesamt 91 Arbeitslorenzählungen vorgenommen und von 33 Kar-tellen wurden 34 sonstige Erhebungen, hauptsächlich die Organisationsverhältnisse am Orte betreffend, veranstaltet. Zagegen sind Enquêtes über Wohnungsverhältnisse oder Haushaltungsbudgets nicht veranstaltet worden.

Inbezug auf Förderung des Arbeiterstudiums weist die Statistik für 1902 gegenüber der von 1901 eine gering-fügige Besserung auf. In letzterem waren von 104 Kartellen 103 Arbeiterstudien zur Übermittlung der Beschwerden abgängiger Arbeiter an die Gewerbe-inspektion eingerichtet, während 1902 131 solcher Kom-missionen vorhanden waren. Nun werden diese Ver-schwerden wohl in vielen Orten von den Kartelloorigen-den zur Weiterbeförderung übernommen, jedoch zeigt uns die Statistik, daß hier bei vielen Kartellen noch Lücken auszufüllen sind. Besonders aber gilt dies bezüglich der Einlegung weiblicher Vertrauenspersonen. Manche vollberechtigte Beschwerden der Arbeiterinnen unterbleibt, weil diese sich scheuen, dem Manne gegenüber, der zur Entgegennahme der Beschwerden eingesetzt ist, die Dinge so zu schildern, wie sie sind und wie sie die Gleichschick-senheit gegenüber geschilbert würden. Die Kartelle müssen diesem Umstand Rechnung tragen und eine weibliche Vertrauensperson einlegen, damit der an sich geringfügige gefühlige Schutz der Arbeiterinnen zur Durchführung gelangt.

Die Agitation, welche ganz besonders eine den Kartellen obliegende Sache ist, wird keinesfalls in der Weise und besonders in dem Umfang betrieben, wie dies geschehen müßte. Es wurden im Jahre 1902 555 berufliche und 629 allgemeine Arbeiterveranstaltungen von den Kartellen einberufen. Von 146 Kartellen wurde keine allgemeine und von 68 Kartellen überhaupt keine Veranstaltung einberufen. Die Kartelle erfüllen ihre Pflicht nach dieser Richtung keineswegs und es wäre zu wünschen, daß die Agitation in den Kartellen besser gefördert würde.

Die Agitation unter den Arbeiterinnen läßt noch besonders viel zu wünschen übrig. Nur in 16 Kartellen boten die Arbeiterinnen Agitationskommissionen. Diese Orte sind nur zum Teil solche, in denen eine bedeutende Zahl Arbeiterinnen beschäftigt ist. In einer großen Zahl von Orten mit größtenteils weiblicher Arbeiter-schaft haben die Kartelle eine Arbeiterinnen-Agitationskom-mission einzulegen bisher noch nicht als notwendig erachtet.

Die Einrichtung eines Referentenamtes ist zur Förderung der Agitation sehr dienlich. In den großen Städten wird sehr viel Zeit und Mühe gefaßt, wenn die Bestellung der Referenten für die Versammlungen von einer Stelle aus geschieht. Diese Vermittlung von Referenten durch die Kartelle geschieht in: Altona, Angsburg, Bamberg, Bergedorf, Berlin, Braunschweig, Gammath, Charlottenburg, Chemnitz, Leipzig, Götterfeld, Schwewe, Alersburg, Frankfurt a. M., Damburg, Warburg a. G., Weidingsfeld, Riel, Königshagen, Kronach, Leipzig, Lüdenscheid, Reg., Mühlhausen i. G., Neumünster, Nürnberg, Kosen, Schmabach, Seelitz, Linna, Wandsbeck und Weichenfels, alle bereits in 32 Orten. Hierbei sei auch der vorbildlichen Einrichtung des Damburger Gewerkschaftskartells gedacht, das den von seinem Referentenamtes vermittelten Rednern für etwaige aus ihrer Vortragstätigkeit sich ergebenden Prozeßen Rechtschutz gewährt.

Arbeitssekretariate werden von den Gewerkschaftskartellen 25 unterhalten und zwar in Altenburg, Altona, Berlin, Bochum, Bremen, Breslau, Darmstadt, Dortmund, Frankfurt a. M., Gelsenkirchen, Gera (N. i. V.), Göttingen, Gotha, Halle a. S., Hamburg, Warburg a. G., Kiel, Kronach, Landesbutz i. Schl., Lübeck, Magdeburg, Mannheim, Minden, Nürnberg, Kosen, Stuttgart, Walsenburg i. Schl., Würzburg.

Die Kartelle in Berlin, Frankfurt a. M., Damburg, München und Stuttgart haben außerdem auch ein eigenes Gewerkschaftsbureau. Insgesamt werden 42 voll-bereitete Beamte beschäftigt, von denen 37 in den Sekretariaten und 5 in den Gewerkschaftsbureaus tätig sind. Ueber die Verfassung, Einnahmen und Ausgaben, Anstellungen und Beschäftigungsverhältnisse der Beamten der Arbeitssekretariate ist eine besondere Statistik an-genommen und in Nr. 26 des Fort. Bl. Jahrg. 1903 veröffentlicht worden.

Einnahmen und Ausgaben der Kartelle.

Von 36 Kartellen, welche über ihre Einnahmen und Ausgaben Bericht erstattet haben, erheben 35 einen festen Beitrag pro Kopf der Mitglieder der an-geschlossenen Organisationen 6 Kartelle decken ihre Aus-

gaben aus freiwilligen Beiträgen, 3 durch Umlegen und 7 in anderer Weise.

Die Höhe des Jahresbeitrages ist nach den Einrichtungen, welche die Kartelle geschlossen haben, so wie auch nach der Zahl der Mitglieder, welche zu der Erhaltung dieser Einrichtungen beisteuern, sehr verschieden. Nachstehende Aufstellung zeigt, wie hoch sich die Beiträge in den Jahren 1901 und 1902 stellten.

Es hatten einen Jahresbeitrag von

	1901	1902
unter 10 Wg.	4 Kartelle	7 Kartelle
10	14	12
11-19	12	18
20	102	118
21-39	18	25
40	81	102
41-59	6	5
60	40	40
61-79	3	3
80-100	8	6
104	3	2
120	7	17

Die gesamten Einnahmen der Kartelle, welche berichteten, betragen 272.394 Mk., die gesamten Ausgaben 255.498 Mk. Von den Einnahmen kamen 125.106 Mk. aus Beiträgen der Organisationen, 48.570 Mk. aus Ueberbeträgen von Arbeitern und sonstigen Veranstaltungen und 48.500 Mk. aus Schriftenverkauf. Nicht eingerechnet sind bei den Einnahmen die Beiträge, welche für Streiks gesammelt wurden und welche insgesamt 62.037 Mk. ausmachten.

Von den Ausgaben kamen auf Agitation 25.418 Mk., Vertretermahlen 11.935 Mk., Statistiken und Erhebungen 9.753 Mk., Verberge und Arbeitsnachweis 11.689 Mk., Gewerkschaftshäuser und Versammlungsräume 28.011 Mk., Sekretariate und Anstaltsbüros 22.748 Mk., Bibliothek und Verhallen 15.139 Mk., gemeinnützige Einrichtungen 17.114 Mk., Gebäute und Entschädigungen 38.318 Mk., Miete und fällige Verwaltung 38.269 Mk., Streiks am Orte 8126 Mk. und auswärtige Streiks 5897 Mk.

Von den 368 berichtenden Kartellen unterstützen 314 Streiks. 43 Kartelle besitzen ein Streikreglement. Die Streikunterstützung wird in den meisten Fällen durch Sammlungen aufgebracht und der Ertrag dieser Sammlungen belief sich im Jahre 1902 auf 62.037 Mk., wovon 60.739 Mk. an Streikunterstützung ausgeschüttet wurden. Außerdem wurden aus den Kartellkassen noch insgesamt 14.023 Mk. für Streikunterstützung aufgewandt.

Um eine Uebersicht darüber zu erlangen, in welchen Orten die Gewerkschaften mit gegnerischen Organisationen zu rechnen haben, wurde den Kartellen auch die Frage nach der Existenz christlicher und sozialistischer Kartelle gestellt. Das Ergebnis dieser Anfrage ist sehr mangelhaft. Es sind danach 124 Ortsverbände der christlichen Gewerkschaften mit 495 Vereinen und 23 christliche Kartelle mit 91 Gewerkschaften gezählt. Von den Gewerkschaften ist in einem Orte (Zülpforb) und von den christlichen Gewerkschaften sind in 8 Orten Sekretariate errichtet. Nach einer vom Centralrat der Gewerkschaften veranfaßten Zusammenstellung waren 1902 199 Ortsverbände mit 125 Ortsvereinen vorhanden. Diese hatten eine Gesamtannahme von 15.531 Mk. und eine Gesamtausgabe von 16.244 Mk. zu verzeichnen; neben also auch auf diesem Gebiete sehr weit hinter unseren Gewerkschaften zurück.

Von dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften wird die Zahl der Ortsverbände auf 43 angegeben. Nähere Angaben liegen von dieser Seite nicht vor, man darf wohl annehmen, daß diese Kartelle fast ausnahmslos ohne Bedeutung sind.

Wenn unsere Gewerkschaftskartelle die Lehren, die aus der Statistik zu ziehen sind, beherzigen und daß dies geschieht, darf man wohl voraussagen — dann können sie wesentlich dazu beitragen, die Arbeiter, welche heute noch in dem Glauben verfangen sind, ihre Sonderorganisationen würden jemals imstande sein, einen Einfluß auf die wirtschaftlichen Verhältnisse auszuüben, von ihrem Irrtum zu befreien.

Die Statistik bietet den Kartellen in reichem Maße Anhaltspunkte für ihre Betätigung und von allen Gebieten, auf die sich die Wirksamkeit der Kartelle zu erstrecken hat, ist es die Agitation, der eine weit größere Aufmerksamkeit als bisher zugewendet werden muß. Auch in den heimlichen Orten, in welchen wegen Mangel an Mitteln und geeigneten Kräften von anderen Unternehmungen abgesehen ist, bietet die Agitation, die Abhaltung von Versammlungen, Gelegenheiten zu nutzbringender Betätigung. An Stoff zur Behandlung in der Versammlung fehlt es nie, dafür sorgen unsere Gegner, sorgen die Unternehmer und die Behörden.

Die Gewerkschaftskartelle haben sich bisher als nützliche Glieder der Gewerkschaftsbewegung erwiesen und je mehr sie sich ihrer Aufgabe bewußt werden, desto leistungsfähiger wird ihre Tätigkeit für die gesamte moderne Arbeiterbewegung sein.

Berlin. — V. Brunner.

Die englischen Gasanstalten in Berlin u. Umg. und das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter.

II.

Am 3. September fand in den Arminkallen eine immanente Protestkundgebung gegen den Gewaltakt der Imperial Continental Gas Association statt. Wohl über 70 Arbeiter dieser Gesellschaft waren erschienen, und es wüßten ihrer noch mehr am Platz gewesen, wären nicht viele „dienlich“ verhindert worden. An-

wesend waren die Gemäßigten. Wir nennen davon die Kollegen Volensek, König, Neumann, Stenzel und Ziegler. Ferner vom Verbandsvorsitzenden die Kollegen Boersch, Bürger und Köhmann, wovon letzterer den Vortritt führte. Außerdem war auch die Direktion durch „ihre Leute“, die freilich keine Schmeicheleien zu hören befehlten, vertreten. Das Referat hatte der Verbandssekretär Schubert übernommen. Er führte aus: Als im Februar die Kollegen der englischen Gasanstalten in die Organisation der städtischen Arbeiter eintraten, da war die Direktion sogleich bei der Hand, die ihr denunzierten Sprecher der Versammlung zu entlassen. Eine höfliche Eingabe an die Direktion wurde von Teilnehmern dahin beantwortet, daß man den einmal vorgemerkten (gemahnten) Arbeitern etwas verbieten lassen wolle, die Entlassenen seien nicht gemahnt. Damals waren drei Arbeiter entlassen worden, darunter einer, welcher acht Jahre in der englischen Gasanstalt tätig war. Dabei wurde letzterem sowohl von der Direktion als auch von Seiten der Kollegen bestätigt, daß er befriedigende Arbeitsleistungen bot. Im weiteren Verlaufe schaltete und waltete die Gesellschaft, wie es ihr beliebte. Mittlerweile traten viele der Organisation bei, und man beschloß, um Erziehung von Arbeiterausschüssen einzukommen. Der zu diesem Zwecke von den Arbeitern gewählten Kommission gab der Direktor für die Erklärung, in seinem Betriebe würde ein Arbeiterausschuß überhaupt nicht eingeführt. Dann ließ man einen zirkulieren (trotz gegenwärtiger Verweigerung in der Arbeitsordnung), worin sich die Arbeiter einzufinden sollten, die „zufrieden“ seien. Nach einigen Tagen erklärte Herr Trost gnädig: „Zum Herbst vielleicht können wir uns mit der Schaffung eines Arbeiterausschusses befassen.“ Spione wurden in die Versammlung e. f. a. und ein regelrechtes Kettreiben gegen die Organisierten fand statt. Vier Kollegen in der Hilfspolizei wurden entlassen. Man wollte „Grenzpöbel stammieren“. Der Fall Volensek beweist, wie die Direktion des weiteren vorgeht. Eines geringen Fehlers wegen wurde er entlassen, nachdem er sieben Jahre in Betriebe war. In Wirklichkeit wegen seines mannhaften Eintretens für die Organisation.

Diesem Zustande muß ein Ende gemacht werden. Wir wollen uns an die weite Öffentlichkeit wenden und nicht eher ruhen, bis das Koalitionsrecht anerkannt ist. Jeder muß eintreten in die Organisation, damit nicht die Ungerechtigkeit den Sieg erringt. (Donnernder Beifall) Referent empfiehlt nachstehende Resolution:

„Die am 3. September in den Arminkallen tagende Versammlung der in den englischen Gaswerken von Berlin und Umgegend beschäftigten Arbeiter nimmt Kenntnis von den in den letzten Tagen erfolgten Entlassungen mehrerer ihrer Kollegen.

In Erwägung des Umstandes, daß diese Entlassungen, wie zum Teil von der Parteileitung zu geteilt worden, erfolgten, weil die betreffenden Arbeiter sich der gewerkschaftlichen Organisation angeschlossen haben, beschließt die Versammlung, zur Sicherung des Koalitionsrechtes alle erforderlichen Maßnahmen in die Wege zu leiten.

In Erwägung, daß unter den Entlassenen sich solche Personen befinden, die kürzlich im Auftrage ihrer Mitarbeiter bei der Direktion wegen Errichtung von Arbeiterausschüssen vorstellig wurden und in schließlicher Erwägung, daß die Direktion sich diesen sowie anderen billigen Wünschen der Arbeiter gegenüber abtöndend verhielt, erklärt die Versammlung die Handlungsweise der Direktion als im Widerspruch mit den herrschenden guten Sitten stehend und als eine offene und grobliche Verletzung des gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechtes.

Die Versammelten protestieren nachdrücklich gegen diese Enttretung, die nur im Interesse ausländischer Kapitalisten gegen deutsche Arbeiter und Steuerzahler verbrochen wurde. Die Versammelten fordern alle beteiligten Bevölkerungskreise von Berlin und Umgegend auf, ihnen ihren moralischen Beistand zu leisten. Des ferneren fordert die Versammlung die in Frage kommenden Gemeindevertretungen auf, der ausländischen Arbeitergesellschaft gegenüber die Reorganisation deutscher Gesetzge zu verlangen und die Genehmigung für den weiteren Betrieb davon abhängig zu machen.

Die Diskussion ergab dasselbe Bild im einzelnen, wie es der Referent in großen Zügen dargelegt hatte.

Zunächst sprachen die gemäßigten Gasarbeiter König und Volensek. Beide sind bereits über sieben Jahre bei den englischen Anstalten beschäftigt. Der letztere weiß den Vortritt der Direktion nach, welche seinerzeit, als man vorstellig wurde, ausdrücklich erklärte, daß bei erstmaligen Verletzungen eine Verwarnung, beim zweiten mal schriftlich getadelt und erst beim dritten mal gekündigt werden solle, statt dessen geht man sofort r. g. r. vor, sobald jemand für die Organisation tätig sei. Es ist bereits jemand gekommen, daß man sich nicht mehr erlauben darf, in die Versammlung zu gehen. Die Direktion drückt sich mit ihrem Urlaub und läßt sich Dankschreibungen von den Arbeitern bringen, während doch erst durch den Verband der städtischen Arbeiter der Urlaub in den Stadtgemeinden erteilt ist und nun die englischen Gasanstalten der Reputation halber nachhinken. Trotz gegenwärtiger Verhinderung der Direktion werden auch Mäzige vom Lohn gemacht.

Inzwischen ist folgende Erklärung von Seiten der angewandten städtischen Arbeiter eingegangen: Erklärung. Die angewandten Vertreter der organisierten städtischen Gasanstaltsarbeiter sprechen gleichfalls ihre Enttäuschung über das schandliche Verhalten der Leitung der englischen Gasanstalten aus. Sie beurtteilen das selbe nicht mehr, als die städtischen Behörden ihren Gasanstaltsarbeitern ausdrücklich das Koalitionsrecht seit Jahren zuerkennen haben. Die städtischen Gasanstaltsarbeiter erklären ferner, daß sie ihre Kollegen

in den englischen Werken mit allen zu Gebote stehenden Mitteln in ihrem Kampfe um das Koalitionsrecht unterstützen werden. (Lauter Beifall.)

Darauf ergriß der Verbandssekretär Bürger das Wort und erklärte das Koalitionsrecht der Arbeiter als ihr wichtigstes Grundrecht. Dieses werde mit aller Schärfe verteidigt werden. In seiner Heimat (England) hätte der Direktor Trost den Arbeitern beratiges sicher nicht bieten dürfen, da wäre ihm wohl anders aufgemerkt worden. Es würde ein Skandal sein, wollten sich deutsche Arbeiter von diesem Ausländer rechtlos machen lassen.

Auch das Schwarzgebetum und alle Streberei müßten bekämpft werden. Die heutigen Gemäßigten seien die Opfer der Ränke fortpufter Kreaturen geworden, die nur auf Kosten der Arbeiter sich hochzuleben verständen. Nur feste und starke Organisationen können solche Zustände beseitigen.

Durch starken Beifall befanden die Anwesenden ihr Einverständnis mit diesen Ausführungen.

Die weitere, sehr umfangreiche Diskussion betraf fast ungläubliche Zustände auf und ließ erkennen, daß die Arbeiter der Imperial Continental Gas Association sich nun nicht mehr länger treten lassen wollten. Viele Jahre hindurch wurde der Groll über Ungerechtigkeiten miserabile Behandlung, schlechte Löhne und Mißstände aller Art herunter geschluckt. Nun war das Maß voll. Die Empörung über das Unwürdige in der Lage der Arbeiter dieser Gesellschaft brach mit elementarer Gewalt aus.

Inzwischen war nachstehender Antrag eingelaufen: Die heutige Versammlung beschließt, eine Kommission zu wählen, bestehend aus drei Mitgliedern. Sie beauftragt diese Kommission, bei der Direktion der englischen Gaswerke wegen Anerkennung des Koalitionsrechtes und Wiedereinstellung der Entlassenen vorstellig zu werden, und falls dies erfolglos bleibt, das Eingangsamt des Gewerbegerichts schnellstens anzurufen.

Dann sprach Verbandsvorsitzender Boersch: Die Bewegung der Arbeiter in den englischen Gaswerken ist noch nicht sehr alt. Es wurde behauptet, die Bewegung sei herangezogen durch den Verband der städtischen Arbeiter. Das entspricht nicht den Tatsachen. Von Seiten der Verbandsleitung war man nicht so sonderlich erfreut, da man schon von der Direktion der englischen Gasanstalten wußte, daß sie das Koalitionsrecht verweigern würde. Die Arbeiter kamen selber zur Erkenntnis ihrer traurigen Lage und schloßen sich dem Verband der städtischen Arbeiter an. Bald zeigte sich, daß die Direktion ganz unverantwortlich vorging und das ausschlaggebende Moment für die Entlassung waren nicht die minimalen Vergehen, sondern die Tätigkeit in der Organisation. Nicht nur indirekt, auch direkt hat sich der leitende Direktor geäußert, daß alle diejenigen entlassen werden sollen, welche sich der Organisation anschließen. — In den städtischen Betrieben hingegen ist die Koalitionsfreiheit anerkannt, wir haben über dreitausend Mitglieder in Berlin. Wenn das die Behörden können, so genügt auch private Gesellschaften und es muß auf das schärfste protestiert werden gegen die ausländische Gesellschaft, die deutsche Gesetze nicht respektiert. Wer übrigens mit der schwächste dieser Gesellschaft vertraut ist, weiß, was von ihr zu halten ist, das wird auch Stadtrat Ramsau bestätigen müssen. Fortgesetzt liegen die städtischen Behörden mit der Gesellschaft im Kriege. Die Organisation wird für die gemäßigten Opfer Sorge tragen, ihr muß ich nun aber auch jeder noch fernstehende anschlüssen. (Lauter Beifall.)

Nach einem kräftigen Schlußwort des Referenten werden Resolution, Erklärung und Beschluß einstimmig angenommen und in die Kommission werden Weitz, Krieger, Mohr und Carensa gewählt. Mißtrauend dem doch auf den Verband schließt die Versammlung.

Die abgeordnete Kommission

ist inzwischen beim Herrn Direktor Trost vorstellig geworden. Ihr gegenüber erklärte der Herr, daß er das Koalitionsrecht der Arbeiter unter allen Umständen respektiere. Er habe gegen die Organisation der Arbeiter nicht das mindeste einzuwenden. Auf die übrigen gegen seine Beamten erhobenen Beschuldigungen, wie diese die Arbeiter terrorisierten und böswillig chikanieren, ging er nicht ein. Die Entlassungen von Volensek und Köhnen seien nicht aus Koalitionsrechtlichen Gründen erfolgt, sondern wegen dienstlicher Unregelmäßigkeiten.

Zemgegenüber stellen wir fest, daß den entlassenen Kollegen Volensek und Neumann in der Rechnungsabteilung von Herrn Böser gesagt wurde: „Ihre Entlassung erfolgt wegen Ihrer Beteiligung an der Bewegung.“

Der Herr Oberinspektor Rudolph, der Herr Inspektor Rehsopf

und

Der Herr Magazinverwalter Bate,

das sind die Urheber der Entlassungen, der Chikanerei und Mißregelungen. Antrittsführer ist, daß sie bei Entlassungen der Organisation ihre Passageliste mit einigen zurückstellen müssen. Sie und Arbeiterende und gehören insoweit dessen nicht auf ihren Kösten. Wegen sie wird sich der Kampf der Organisation richten, wenn sie ihre alten Praktiken fortsetzen.

Erst neuerdings schärfte Herr Rehsopf den an die Stelle der Entlassenen und sonstige neuereintretenden Arbeitern ein, daß sie sich nicht an der Organisation beteiligen dürften, bei Strafe der Entlassung.

Solche Beratredungen sind rechtlich nichtig, Herr Rehsopf! Werken Sie sich das!

Einem anderen Kollegen wurde folgende anonyme Postkarte zugesandt:

Im Interesse Ihrer Familie raten wir Ihnen, die Stelle des Kassiers vom Verbands aufzugeben, da Sie sonst bei nächster Gelegenheit aus diesem Grunde entlassen werden sollen.

Achtungsvoll

Ein guter Freund.

Die Verbandsdirektoren Bürger und Schubert suchen beim Herrn Direktor Drory nun eine Audienz nach, in welcher versucht werden sollte, die Differenzen beizulegen.

Sie wurden nicht empfangen.

Darin liegt der Beweis, daß die Klagen und Beschwerden der Arbeiter berechtigt sind und die Direktion eine klare Aussprache mit den Vertretern der Organisation fürchtet.

Einem Erfolg hat indessen die Bewegung gegieitigt: Nämlich die Errichtung von

Arbeiter-Ausschüssen.

Die Arbeiter der Imperial-Continental Gas-Association traten erleichtert auf und hofften, daß nun endlich geordnete Verhältnisse Platz greifen. Aber diese Hoffnungen wurden schon bei den am 26. September stattgehabten Wahlen getrübt. Es beschloß nämlich die Versammlung, daß nur solche Arbeiter das passive Wahlrecht haben, welche 3 Jahre im Vertriebe sind. Nun wurde ein Kandidat, der das Vertrauen seiner Kollegen hatte, zurückgewiesen als wählbar, weil er noch nicht 3 Jahre in der Abteilung sei, in welcher er jetzt arbeite. Der betreffende Kollege steht ununterbrochen schon nahezu 4 Jahre bei der Imperial Continental Gas Association im Dienste. Da kann also jemand 30 Jahre bei der Gesellschaft arbeiten und doch nicht in den Arbeiterausschuss wählbar sein, da die Direktion nur vor den Wahlen den betreffenden nur in eine andere Abteilung zu schicken braucht. In einem weiteren Artikel werden wir diese neuesten Vorgänge gebührend würdigen.

Wieder ein neuer Zentralverband.

Die Kollegen, welche aufmerksam die „Gewerkschaften“ lesen, werden sich noch erinnern, daß wir im vorigen Jahr von einer Sonderorganisation eines Teils der Gasarbeiter vom Gaswerk Lindenhof berichtet, welche damals gegründet wurde. Wie wir vorhergesagt hatten, ist diese schon längst wieder von der Wildschär verschwunden und zwar mit Hinterlassung eines Kassenbüchchens, welches dann von der Sektion I, als Erbin, großmütig gebedt wurde. Dieses glorreiche Beispiel hat einige imaginäre Größen unter den heiligen Straßenbahnern nicht schlafen lassen und beabsichtigen sie, deshalb mit ihrer Sektion aus dem Verband der Gemeindearbeiter auszutreten und einen selbständigen Verband der Straßenbahner zu gründen. Betrachten wir uns die Gründe dieses Austritts, wie sie von Seiten der Arrangecure vorgebracht werden, so finden wir, daß diese recht sadenfeindlicher Natur sind. Man behauptet, die Straßenbahner seien eine Klasse für sich, die mit den anderen städtischen Arbeitern keine gemeinsamen Interessen hätte. Dies ginge schon daraus hervor, daß sie einen Dienstvertrag hätten und keine Arbeitsordnung wie die Arbeiter der übrigen städtischen Ressorts. Aus diesem Grunde seien seit der Verkündung der Zahlstellen eine ganze Anzahl von Kollegen aus den Versammlungen fortgeblieben, wobei noch hinzukommt, daß die Sektion der Straßenbahner alle Gelder teils an den Hauptvorstand, teils an die Cassiere abliefern müßte, also auch über den am Ort bestehenden Teil der Beiträge kein ausschließliches Verfügungsrecht mehr habe. Der Zentralvorstand in Berlin ist für das gute Geld der Straßenbahner gar nichts, nicht einmal wurden ihre an die „Gewerkschaft“ eingehenden Berichte gedruckt, überhaupt würden die Straßenbahner im Verbandsorgan so gut wie gar nicht berücksichtigt. Soweit diese Gründe Vorwürfe für den Zentralverband bilden, glaube ich die Widerlegung derselben diesem ruhig überlassen zu können; mit den übrigen möchte ich mich hier noch des Näheren beschäftigen. Vor allem scheint es der Größenwahn zu sein, der den Führern der Zerstückelungsbewegung in die Köpfe geblasen ist, um die Vorklänge dort auszufüllen, denn es gehört doch etwas mehr als gewöhnliche Verstand dazu, behaupten zu wollen, die Straßenbahner hätten mit den übrigen städtischen Arbeitern keine gemeinsamen Interessen, weil sie einen Dienstvertrag hätten, einen Dienstvertrag, der nebenbei erwähnt, abgesehen von den auf den Straßenbahnbetrieb bezüglichen, genau dieselben Paragrafen enthält wie die Arbeitsordnung der übrigen städtischen Arbeiter. Der Zentralverband hat also keine besonderen Rechte; er wird von Seiten der Stadt genau so behandelt wie jeder andere ihrer Arbeiter und kann ebensogut mit der üblichen Kündigungsfrist entlassen werden, wie alle anderen. Auch für den Arbeiterausschuss der Straßenbahn gelten keine besonderen Bestimmungen, derselbe ist gezwungen, bei Plenaritzungen der gesamten Ausschüsse Hand in Hand mit denen der übrigen städtischen Betriebe zu gehen, wenn bei der Sache überhaupt etwas Wichtiges herauskommen soll. Was den schlechten Verammlungsbeisitz anbelangt, erinnere ich daran, daß die Straßenbahnverhältnisse im vorigen Jahre eine Zeit lang überhaupt nicht mehr existierte, trotz ihrer damaligen Selbständigkeit. Diese Ausreden müßten eben gehalten, um die Uninteressantigkeit zu bemänteln, mit der viele Kollegen dem Verband gegenüberstehen. Belehrt ist auch manchen der Straßenbahner das gesetzliche Austrittsrecht ihrer Führer in den Versammlungen jünger.

Bezüglich der Cassiere haben die Straßenbahner derselbe Verfügungswort wie die anderen Sektionen und ist es noch niemanden eingefallen, ihnen dieses Recht beschränken zu wollen. Tagesgen nimmt es sich

besonders schön aus, wenn von Seiten der geistreichen Führer der Straßenbahn der Satz aufgestellt wurde, die Schlicht- und Viehhofsarbeiter hätten nicht das Recht, von der Stadtverwaltung denselben Urlaub zu verlangen wie die Straßenbahner. Das kennzeichnet so recht den dummen Eigensinn, der sich einbildet etwas Besonderes zu sein, weil an den von der Stadt gestellten Anzüge blanke Knöpfe hängen. Das zeigt aber auch die Kleinmütigkeit und das mangelhafte Verständnis, das diese Leute der modernen Gewerkschaftsbewegung entgegenbringen, freilich in der kurzen Jugendzeit zum Verbands seine Erklärung findet. Wenn nun solche unreifen Köpfe sich befähigt glauben, einen Zentralverband der Straßenbahner gründen und leiten zu können, so ist es für jeden vernünftigen Menschen klar, daß die Lebensfähigkeit dieser neuen Gründung eine sehr geringe ist. Man glaubt mit Wochenbeiträgen von 15 Pf. vollständig auszukommen und eine eigene Zeitung ins Leben rufen zu können. Man hat ja in der Versammlung vom 13. September über die Verteilung der Beute parobon der Remter in dem neuen Zentralverband Anordnungen gemacht, nach denen die heiligen Gottesgärten nicht zu kurz kommen dürfen. Es fragt sich nur, ob die Darmstädter und Frankfurter Straßenbahner, die angeblich in großer Zahl den Sprung ins Dunkle mitmachen wollen, mit allem einverstanden sind. Bezüglich des in Aussicht genommenen Redakteurs für das noch zu gründende Magazin ist übrigens eine deutliche Abgabe sicher. Nach dem oben Gesagten dürfte es ziemlich sicher sein, daß wir mit dem Zentralverband der Straßenbahner in nicht allzulanger Zeit daselbe Schauspiel erleben, wie mit der eingangs erwähnten Sonderorganisation der Gasarbeiter in Mannheim.

Mannheim.

R. Heermann.

Ausländische Gemeindearbeiter-Bewegung.

Wien. Bemüht Grörterung der Lage der Arbeiter in den städtischen Gaswerken hatte der Verband christlicher Eisen- und Metallarbeiter Österreichs am 13. September abends ins Hotel „zum braunen Hirchen“ in Simmering eine frei jugendliche Versammlung der Arbeiter der städtischen Gaswerke einberufen, die ungenau jährlich bestrahlt war.

Der Verbandsobmann Böhl eröffnete die Versammlung und erzielte sodann dem Gewerkschaftsreferenten Dabereiter das Wort zur Beirednung der Lage der Gasarbeiter. Der Redner erörterte in eingehender Weise die trübe Lage der Gasarbeiter, wobei er die wenig arbeiterfreundliche Haltung der Direktion der Gaswerke kritisierte, unter welcher Zustände eingetreten seien, die dem Regime einer christlichsozialen Gemeindeverwaltung unähnlich seien.

Gemeinderat Weber erklärte sich gerne bereit, die berechtigten Wünsche der Gasarbeiter zur Kenntnis des Bürgermeisters zu bringen und auf deren Abstellung zu dringen. (Stürmischer Beifall.)

Die sodann abgeleitete Resolution hat folgenden Wortlaut: In anbeacht der Tatsache, daß im Wiener städtischen Gaswerk verschiedene die Arbeiter benachteiligende Umstände herrschen, deren Beseitigung zu einem friedlichen und geordneten Schaffen unbedingt notwendig ist und im Interesse der Arbeiter wie der Unternehmung gelegen ist, beschließt die tagende Versammlung die Konstituierung der Vertrauensmännerorganisation und verlangt die Anerkennung derselben von der Betriebsleitung, welche sich im Weg der Vertrauensmänner über die Wünsche und Beschwerden der Arbeiter zum Zweck ihrer Berücksichtigung informieren lassen soll.

Diese Resolution wurde mit der Betonung angenommen, daß man mit einer schärferen Resolution und schärferem Vorgehen nicht zögern wird, wenn die Direktion den Wünschen der Arbeiter kein Gehör schenken sollte. Bei der hierauf vorgenommenen Wahl der Vertrauensmänner vorweggenommen jedoch einige derselben, diesen Voten anzunehmen, da sie Wahrgelung und Entlastung befürchten. Es wurde daher zu der Resolution der Zusatz gefügt, daß die Vertrauensmänner nur auf ein Jahr gewählt sind und während dieses Jahres nicht entlassen werden dürfen. Unter dieser Voraussetzung wurde die nötige Zahl von Vertrauensmännern gewählt und nachdem noch die Ausschüsse Wimmer und Derwei zur Organisationsfrage gesprochen hatten, die Verhandlung geschlossen.

Preßburg. Die Straßenkehrer suchen ihr Recht und sie werden es genau auch finden. Die Generalversammlung des städt. Municipal-Ausschusses hat seinerzeit den Beschluß gefaßt, daß jedem Straßenkehrer ein Tagelohn von 1,70 Kr. zugesprochen wird. Nur die sechs Wochentage haben die Straßenkehrer auch diese Entgeltung ihrer Arbeit stets pünktlich erhalten. Nun stellt es sich heraus, daß sie auch am Sonntag vormittag Arbeit verrichten mußten und dafür stets nicht entschädigt wurden. Sie haben die Arbeit einfach gratis besorgt. Nun ist aber auch unter ihnen die Frage diskutiert worden, wie dies möglich sei. Sie berichten ihre Arbeit und erhalten dafür keine Entschädigung, obwohl ausdrücklich beschlossen wurde, ihnen einen Tagelohn von 1,70 Kr. zu geben. Da würden ihnen doch logischerweise für den halben Tag 85 Heller gebühren, was jedenfalls auch etwas ist. Sie möchten eine diesbezügliche Vorstellung. Man gab ihnen wie auch anders nicht bester: vollständig recht. Da es sich aber um eine ganz verhältnismäßig rechtmäßige Mehrausgabe handelt, muß das Verbanke mit unserer so viel gezeigten Städte Ordnung die Generalversammlung die Entscheidung treffen. Die Tagesordnung der nächsten öffentlichen Generalversammlung hat nun einen Gegenstand wieder mehr.

Marlsruhe. Der einem Monat war die bisher städtische Straßenreinigung in Marlsruhe an zwei Privatunternehmer übergegangen, die dann nichts erlangtes

man zu mühen glaubten, als den bisher auch für Sonntag und Feiertage gezahlten Lohn den Arbeitern abzugewinnen. Infolge dessen legten die Straßenkehrer die Arbeit nieder.

In Barcelona (Spanien) sind Ende August die Straßenkehrer in den Ausstand getreten. Es kam mehrfach zu Unruhen, wobei eine Reihe von Verhaftungen vorgenommen wurde. Die Behörden versuchten, den Konflikt beizulegen, da der Ausbruch einer Epidemie befürchtet wird.

Aus den Staats- und Gemeindebetrieben.

Berlin. Die Lehrlinge der Straßenreinigung. Als die Berliner Straßenreinigungsverwaltung im Jahre 1880 dazu überging, neben den erwachsenen Arbeitern auch junge Burschen einzustellen, die besonders zur Reinigung des Asphaltplattens verwendet werden sollten, wurden an diese Maßregel große Erwartungen geknüpft. Die Verwaltung dachte sich die Asphaltburschen nicht bloß als jugendliche Arbeiter, sondern wollte sie als eine Art von Straßenreinigungs-Lehrlingen betrachten lassen. Es wurde damals gehofft aus den Burschen werde sich ein Stamm von Eilte- Arbeitern herausbilden lassen, und man setzte zugleich voraus, für die Burschenstellen würden besonders zahlreiche die Söhne der erwachsenen Straßenreinerer gemeldet werden. Doch weder das eine noch das andere ist eingetroffen. Die älteren Arbeiter der Straßenreinigung drängen sich nicht sehr danach, ihre Söhne in die Burschenstellen hineinzubringen und „Straßenreinerer lernen“ zu lassen. Und nicht viele der Burschen, die die Verwaltung für diese Stellen bekommt, treten später einmal in die Reihen der erwachsenen Straßenreinigungs-Arbeiter über.

Die Verwaltung ist nicht erbaud von diesem Ergebnis. Die Ursachen des Mißerfolges sucht sie aber nicht in Mängeln, für die sie selber verantwortlich wäre, sondern lediglich in den Burschen. Viele Jahre hindurch hat sie geklagt, daß die Burschen größtenteils unbrauchbar seien, daß sie eine auffällige Unbeidändigkeit zeigten, daß viele sehr bald wieder abschieden, daß der Betrieb unter dem fortwährenden Wechsel leidet usw. Es war infolgedessen beschlossen worden, die Burschenstellen nicht weiter zu vermehren, und die Zahl dieser Stellen war dann auch Jahre hindurch auf 200 stehen geblieben. Erst die Aenderung des für die Asphaltstraßen anzuwendenden Reinigungsverfahrens, die vor ein paar Jahren kam, führte wieder zu einer Mehrerstellung von Burschen. Die Stellen sind seitdem auf über 400 vermehrt worden, auch ist der Tageslohn, der ziemlich zwei Jahrzehnte hindurch auf 1,60 Mk. stehen geblieben war, für die jüngeren Burschen auf 1,75 Mk. für die älteren auf 2,00 Mk. erhöht worden. Seit der Vermehrung sind die abschlägigen Urteile über die Burschen aus den amtlichen Berichten der Direktion verschwunden, aber zufriedener ist die Direktion nicht geworden. Auch die Unbeidändigkeit der Burschen dauert fort. Sie ist so stark, daß beispielsweise im Vierteljahr April bis Juni rund 90 Stellen neu besetzt werden mußten, bei überhaupt 417 Stellen.

In den Kreisen der Straßenreinigungs-Arbeiter ist man über die Ursachen dieser Erscheinung anderer Meinung als im Direktionsbureau. Die Verwaltung nimmt die Burschen, wie sie sie kriegen kann. Hinterher stellt sich dann oft in sehr kurzer Zeit heraus, daß so mancher Junge dem schweren Dienst, der ihm zugemutet wird, nicht gewachsen ist. Aber auch unter den Leistungsfähigeren dieser Straßenreinigungs-Lehrlinge läßt der eine und der andere bald nach und verliert die Lust. Die militärische Disziplin, die bei der Straßenreinigung herrscht, erschwert in ganz unnötiger Weise den Dienst und verleiht den Burschen die Arbeit. Die Aufseher und Ueberwacher werden aus den Reihen der Militär-Anwärter genommen. Für sie mag es ja ganz angenehm sein, daß sie die Unteroffiziers-Gewohnheiten auch bei der Straßenreinigung nicht ablegen brauchen, aber der Ton, den diese Herren anschlagen, ist nicht sehr einladend für junge Burschen, die mit all ihren Hoffnungen und Illusionen ins Leben hinaustreten. Wenn's gemüht wird, wollen wir gelegentlich von „müden dieser Vorgezeiten“ unter deren Fußgeln zu gehen auch für die erwachsenen Arbeiter kein Vergnügen ist, ein geueres Konterfei geben.

Eine weitere Ursache der Unbeidändigkeit der Burschen, und vielleicht die wichtigste, ist die, daß es auch den brauchbarsten und geübtesten Burschen nicht leicht gemacht wird, endlich einmal aus seiner Burschenstelle in die Stelle eines erwachsenen Arbeiters aufzurücken. Burschenstellen sind jederzeit frei, Arbeiterstellen aber sind viel seltener zu haben, und die wenigen, die im Laufe des Jahres frei werden, besetzt die Verwaltung zum Teil auch noch mit kleineren Arbeitern, so daß für die ausgedienten Burschen noch weniger übrig bleibt. Wenn nicht eine große Anzahl Burschen vorzeitig abschiede, so wäre es überhaupt nicht möglich, daß jeder nach Absolvierung seiner „Lehrzeit“ einmal eine Arbeiterstelle bekomme. Man darf geradezu behaupten, daß die Straßenreinigungsverwaltung mit ihren über vierhundert Asphaltburschen, für die sie im Jahre etwa 120 Arbeiterstellen in Aussicht hat, „Lehrlingszüchter“ treibt.

Entweder sollte man die Verwendung von Burschen einschränken und einen Teil ihrer Stellen mit erwachsenen und selbstverantwortlich höher zu bezahlenden Arbeitern besetzen, oder man sollte für die älteren Burschen noch eine besondere Kategorie schaffen, die zum Uebergehen zu der unteren Kategorie der erwachsenen Arbeiter bildet. Wenn ein Bursche drei, vier Jahre ausgedient hat und das 18. oder 19. Lebensjahr erreicht hat und sich dann immer wieder auf „Reformierung“ verweisen lassen muß, dann darf man sich nicht wundern, daß ihm die Geduld reicht. Der Verwaltung ist allerdings damit gedient, wenn er noch in diesem Alter vor der Re-

förderung" abgeht. Sie ist ihn los und braucht sich keine Sorge zu machen, wo sie eine Arbeiterstelle für ihn hernehmen soll.

Breslau. Gasanfall III. Wir sind infolge der verschiedenen Vorurteile gewungen, den Raum unseres Verbandsorgans in Anspruch zu nehmen, um dem gepöbelten Heren Luft zu machen. Seit Jahren schon haben auf unserem Gaswerk die Klagen über schlechte Behandlung der Arbeiter wieder die schlaueste Behandlung ist, davon haben unsere ausmüchtigsten Kollegen wirklich eine Ahnung! Was ist uns nicht schon alles im Laufe der Zeit geboten worden! "Ich zerbreche Ihnen die Knochen im Leibe", "Ich schicke Ihnen die Knochen im Leibe kaputt", wobei mit einem Revolver gedroht wurde oder "Ich schlage Ihnen mit einem Stuhl den dicken Schädel ein, daß das Gehirn herumfliegt" und "leendes Gefindel" sind sozusagen an der Tagesordnung. Heuchler und Entpöbelanten reden immer von der zunehmenden Verhöhnung der Arbeiterklasse, aber wenn schon in ei em städtischen Gaswerk die Arbeiter von ihren Vorgesetzten derartiges zu hören bekommen, wäre es kein Wunder, wenn rohe Manieren einreisen. Ueber diese Behandlung ist auch schon eine Beschwerde geführt worden, aber bis jetzt ist es noch nicht besser geworden. Die meisten Beschwerden richten sich gegen den Ingenieur Herrn Max Kirchhoff und besonders schlimm wird es immer, wenn dieser Herr die Vertretung für den Betriebsleiter Herrn Trapp hat. Der Arbeiter sollte sich wegen Trunkenheit nach dreizehnjähriger Beschäftigung entlassen werden, obgleich viele Kollegen bezweigen können, daß der Mann nicht betrunken war.

Das Kapital "Arbeiterarbeiten", nämlich, daß städtische Arbeiter für ihre Vorgesetzten auf Regimentsunföhlen Dienste verrichten müssen, ist auch hier sehr umfangreich. Wir könnten darüber noch vieles berichten, doch es wird sich später wohl noch Gelegenheit bieten, darauf näher einzugehen. Hoffen wir, daß die maßgebenden Stellen in Breslau doch eine strenge und unparteiische Untersuchung führen, damit endlich einmal die Behandlung der Gasarbeiter besser werde.

Brig. Die Gemeindevorsetzung nahm in ihrer letzten Sitzung Kenntnis von dem Ergebnis der Revision für August. Die Einnahme betrug 408.631 M., die Ausgabe 548.900 M., sodaß ein Bestand von 140.269 M. vorhanden ist.

Ueber die Unfallentschädigung von 3000 M. für den im Dienst tödlich verunglückten freiwilligen Feuerwehrmann Küchel entspann sich eine interessante Debatte, einmal darüber, ob über die Verwendung der Summe die Gemeindevorsetzung überhaupt zu beschließen habe, und wenn ja, ob die Summe im Prinzip ein für allemal in voller Höhe an die Erben ihres ausgezahlten werden soll, oder ob diesen nicht besser seitens der Gemeinde von vornherein eine Jahresrente zu gewähren sei, da mandmal leicht der Fall eintreten könne, daß die Hinterbliebenen nach Herauszahlung der 3000 M. von der Gemeinde doch noch weiter unterstützt werden müßten. Die erste Frage, ob die Gemeindevorsetzung über die Summe zu verfügen habe, wurde bejaht, da die Gemeinde die Verhütung abgelehnt hat und die Prämien bezahlt, bezüglich der Art der Verwendung aber wurde beschlossen, die Sache einer Kommission zur Beratung zu überweisen. Zu diesen Voraussetzungen sollen auch zwei Feuerwehrleute hinzugezogen werden.

Treiden. Der hiesige Stadtgartendirektor Zegenhard ist das Opfer seiner vegetarischen Nebertreibungen geworden. Es ist noch erinnerlich, daß für die städtischen Gärten der vegetarische Genußgenuss Zegenhard war. Zegenhard hatte nämlich die vegetarischen Arbeiter, oder wenigstens diejenigen, die so taten, als ob sie Vegetarianer wären, bezogen. Ebenso hatte er auch die Löhne gedrückt, weil er der Meinung war, die Arbeiter könnten auch mit weniger auskommen. Sie brauchen nur kein teures Fleisch zu essen, kein gutes Bier zu trinken und keine guten Zigarren zu rauchen. Als die Sozialdemokraten einmal diese Lohnbrücker zur Sprache brachte, ließ der Stadtrat hinter den Rücken Zegenhards den Löhnen die Löhne aufbessern. Zegenhard bezichtigte diese anerkennenswerte Handlung des Rates als Populärstreicherei. In seinen Augen sei es gewiss, daß sich so auf Seiten der Sozialdemokraten beliebt machen zu wollen. Es ist ihm, doch diese Redereien des Hg seiner Zinken voll genuss haben, kann er wurde dieser Tage in den Kubotand verlegt.

Kranfurt a. M. Stadtverordnetenversammlung. Bei der Magistratsvorlage über Gewährung einer Unterstützung aus der Arbeiter-Pensionskasse an die Witwe eines Arbeiters ergreift Stadtv. Dr. Luark das Wort: Wenn ich auch selbstverständlich mit einer Zustimmung, die über das Statut hinaus gewährt werden soll, einverstanden bin, so zeigt uns doch die Magistratsvorlage ganz deutlich, wie reformbedürftig das Pensionsgesetz für Arbeiter ist. Ein Straßentrassenarbeiter, der 30 Jahre zu vollster Zurückbehaltung in städtischen Diensten tätig war, ist trotz dieser langen Dienstzeit noch nicht zum ständigen Arbeiter ernannt worden. Wie vereinbar müssen die Vorschriften gehandhabt werden, nach welchen nach gewisser Zeit Arbeiter die kleine Wohlart einer ständigen Arbeiterklasse erlangen können, wodurch ihre Witwen bezüglich der Pension im Vorteil sind. Das Zeugnis dieses Arbeiters lautet: "Dienstlich und außerdienstlich gut geführt." Zuletzt hat dieser Mann noch 30-jährige Arbeitszeit ein Einkommen von 21. 1000 bezogen für seine treuen Dienste bei einer in sozial-patriotischer Beziehung hochbedeutenden Stadt, wie Kranfurt. Bei diesem traurigen Einkommen hat er noch zwei Kinder zu ernähren gehabt. Wie er das fertig gebracht hätte, ist man sich kaum ausmalen. Alle Anmerkungen bezug auf die Witwe, daß sie in der städtischen Verwaltung angestellt ist, ja der Bezirksvorsteher erklärt, daß es der Frau schwerfallen würde, sich selbst

zu verdienen. Wenn der Mann noch lebte und in Pension ginge, würde er Mt. 320 pro anno beziehen. Die Witwe soll Mt. 180 erhalten, abgesehen von dieser geringen außerordentlichen Unterstützung, wie sie die Magistratsvorlage wünscht. Redner beantragt, die Stadtverordnetenversammlung möge den Magistrat ersuchen, die Witwenpension von Mt. 180 zu erhöhen, und zwar auf die Summe, die der Mann, wenn er in Pension gegangen wäre, erhalten würde.

Stadtrat Dr. Matti hält die Ausführungen des Vorredners für schief, gefällig und unbegründet. Wie könnte man so fähig er sein — die Amtsvorsteher dafür verantwortlich machen, daß der betreffende Arbeiter nicht zum ständigen Arbeiter ernannt worden sei? Derartige Behauptungen seien Ausläufer des bösartigen Geistes Dr. Luarks. (Lächeln des Präsidenten, der den Redner ersucht, einen anderen Ausdruck zu wählen, worauf derselbe seine Worte abändert in: Ausläufer des Mißtrauens Dr. Luarks.) Alle Vierteljahre würde berichtet, wer von den nichtständigen zum ständigen Arbeiter ernannt werden sollte. Die geeigneten würden dann zum ständigen Arbeiter ernannt. Daß jemand unständig bleibt, könne auch mal vorkommen. Niemand freue sich mehr als die Amtsvorstände, wenn pflichterfüllte Arbeiter ständig gemacht werden könnten.

Stadtv. Fischer hält die Angelegenheit für zu weitgehend, um hierüber jetzt Beschlüsse zu fassen. Er stellt den Antrag, die Magistratsvorlage mit samt dem Dr. Luarkschen Antrage zur Beratung an den Organisationsausschuß zu verweisen.

Stadtv. Dr. Luark berichtet seine Ausführungen dahin, daß nicht die Amtsvorstände, sondern die Treuhänder im Vertriebe dafür verantwortlich zu machen seien, daß der Arbeiter nicht ständig geworden sei.

Stadtrat Külle empfiehlt die Annahme des Vorschlags des Antrages. Es wäre bedenklich, so ohne weiteres in einem Falle von den bisherigen in Pensionierungen üblichen Normen abzugehen. Der Magistrat, der eine Unterstützung der Frau aus der Arbeiter-Pensionskasse beantragt habe, hätte nicht geglaubt, hier eine Jeremiade zu hören. Sonst würde es ihm in Zukunft unmöglich sein, weitere solche Anträge zu bringen. Darüber aber noch hinausgehen, wie Dr. Luark es wünscht, sei bedenklich. Warum der Mann 30 Jahre unständig geblieben sei, wisse er nicht anzugeben, jedenfalls hätte das aber seine guten Gründe gehabt.

Darauf gelangt der Antrag Fischer zur Annahme.

Königsheim. (Städtische Arbeiterlöhne.) Unsere Stadtverwaltung beschäftigt im Durchschnitt acht bis zehn Arbeiter mit Gemeindearbeiten. Bis jetzt wurde sämtlichen Arbeitern pro Stunde 34 Pf. bezahlt, ein Lohn, der einigermaßen den hiesigen Verhältnissen entspricht. Denn wie Eingeweihte wissen, herrschen in unseren Kurstädchen derartige Zuehrungsverhältnisse, daß wahrlich ein Tagelohn von 3.40 M. kein hoher ist, wenn ein Arbeiter sich und seine Familie redlich durchschlagen will. Jedoch sollten die städtischen Arbeiter diese Wohlthat nicht allzu lange genießen. Der Magistrat, bestehend aus den Vorgesetzten Dr. Thewalt, und Gläser, sowie den Schöffen Pfaff und Söbngen, beschloß unter dem Vorhine des Herrn Bürgermeisters Sittig, in Zukunft den städtischen Arbeitern je nach der Arbeitsleistung nur noch 25 bis höchstens 32 Pf. die Stunde zu zahlen. Dieser Beschluß macht dem Herrn Dr. Thewalt, den man hier als großen Arbeiterfreund geradezu verehrt, alle Ehre. Die Arbeiterfreundlichkeit seit dieses Ereignisses sieht, bei Licht betrachtet, allerdings anders aus. Wenn Gelder genügend vorhanden sind, um die Gehälter anderer Beamten, einschließlich des Gehalts des Herrn Bürgermeisters, unaufhörlich zu erhöhen, dann sollte wirklich an solchen ohnehin fargen Arbeitelöhnen nicht gespart werden.

Sprechsaal.

Das Unterhaltungsweisen in der Filiale Groß-Berlin.

Unsere Berliner Kollegen dürfte wohl bei der Lektüre unseres Blattes auffallen sein, daß sich noch sozusagen eben vor Zerküßung eine Reihe der bisherigen Berliner Artikel und nimmlichen Zerküßungen mit der Unterhaltungsweisen befaßt haben und zwar in dem Sinne, daß man in Rahmen der Sektion dieses Unterhaltungsweisen weiter zu pflegen gedenkt. Es zu den bereits vorhandenen Beschlüssen auch schon der Hauptbestandteil der Sektion erteilt hat, wie dies das Statut in § 4 auf Seite 7 verzeichnet, weiß ich nicht. Es ist mir überhaupt etwas schleierhaft, welchen Erfolg diese Art der Unterhaltungsweisen haben und wie sich die der Verkehrsmitteln Hauptvorstand und Sektion regeln soll. Wir haben doch nun den Filialvorstand und dann die erweiterte Verwaltung. Ziele beiden Institutionen wissen, so weit mir bekannt, von den ganzen Sachen noch gar nicht! Das kann doch alles nicht angehen, daß man bei wichtigen Sachen so verfährt, wie dies hier geschehen ist. Es wäre ja sehr gut, wenn in den einzelnen Sektionen das Unterhaltungsweisen diskutiert würde, aber es müßten der Diskussion größere Gesichtspunkte zu Grunde liegen. Wenn hier in Berlin etwas auf diesem Gebiete gemacht werden soll, so kann und muß das nur geschehen für und durch die Gesamtmittele Berlin alles andere ist Uninn! Reberhaupt müte es mich sehr komisch an, daß unter uns in Berlin noch soviel Zeit für eine Unterhaltung in Kranheitsfällen ist. Nachdem ich, 3. gerade mit Berliner Kollegen uns gegen eine derartige Krankeunterstützung ausgesprochen haben, weil wir der Meinung sind, daß hier die Stadt als Arbeitgeberin einzugreifen hat, sollten wir nun auch sozusagen sein. Ich möchte übrigens die Kollegen im Filialvorstand und in der erweiterten Verwaltung ersuchen, diese Frage einmal in grundsätzlicher Beziehung zu prüfen und gelegentlich in der Mitgliederversammlung

der Filiale zur Diskussion zu stellen. Aber vor Erörterungen von Einzelheiten muß dringend erkannt werden. Wie wäre es, wenn die Filialen beim Abschluß ihrer Geschäfte ihre ganzen Barbestände zusammenwürfen, um einen großen und einheitlichen Fonds für die Filiale Berlin zu stiften. Das wäre echte Solidarität und könnte daraus was gutes werden. (G. W.)

Protokolle — Straßentrassenfahr.

Durch die Vertreibung der Protokolle vom letzten Verbandstag kann man deutlich erkennen, auf welcher Höhenmarke ein großer Teil der Mitglieder steht. Ohne genügend informiert zu sein, behaupten sie, der Verbandsvorstand könne die Protokolle unentgeltlich liefern. Ich bin gewiß nicht in der glücklichen Lage, immer mit dem Verbandsvorstand einer Meinung zu sein, indem es mir auf Grund meiner Ueberzeugung nicht möglich ist. Hier sollte man aber doch eine bessere Einsicht haben und sich belehren lassen. Man ziehe nur in Betracht, daß allein durch die Sterbeunterstützung jährlich bei 7000 Mitgliedern und den Zuschüssen der Sterbefälle mit 1/2 Prozent berechnet, das erste Jahr eine Ausgabe von 15.750 M. verursacht wurde, die jedes Jahr um 1050 M. steigend, in 9 Jahren eine laufende Ausgabe von 157.500 M. verursacht wird. Dann ist die "Gemeinschaft" vergrößert worden. Den Filialen soll Material geliefert werden, die Beamten sind vermehrt und deren Gehälter sind erhöht. Das sind doch alles Ausgaben, die man berücksichtigen muß.

Und die Protokolle aus der Filiale zu bezahlen? Dafür bin ich nicht zu haben, indem dies eine Kapitulation vor diejenigen ist, welche die gemeinschaftlichen Ideale noch nicht begriffen haben und solchen, die noch nie ernstlich bemüht gewesen sind, ihnen nachzuleben. Nach außen alängt man so gerne mit dem Schlagwort: Ueberzeugter Gemeinschaftler, und nach innen geht die Ueberzeugung nur bis an den Geldbeutel. Es gibt Kollegen, die scheuen sogar die Ausgabe von 15 Pf. für das Verbandsprotokoll, während sie aber oft genug in einem Tage bedeutend mehr für alkoholische Getränke ausgeben als der Monatsbeitrag ausmacht. Die Kollegen vergeßen, daß die Solidarität das Fundament ist, auf welchem das stolze Gebäude der Organisation ruht. Somit ist es notwendig, daß die Ueberzeugten sich nicht mitreisen lassen von denjenigen, welche die Ideale preisgeben möchten. Gerade der Ueberzeugte muß unsere Grundzüge unerschrocken verteidigen und wenn es nicht anders geht, auch mal ein derbes Wort mit einem solchen Kollegen sprechen, selbst auf die Gefahr hin, daß man dabei in Ungunst gerät. Ich hätte es mit Freuden begrüßt, wenn ein Beschlus gefaßt worden wäre, daß den Kollegen, welche auf Grund des Status von dem Beitrag entbunden, und denjenigen, welche inaktiv sind, das Protokoll auf Kosten der Filiale geliefert wird und auch den Gimmitteldauer Liebern ein kleiner Betrag überwiesen wird. Das wäre Solidarität und Brüderliche! Die Buchdrucker hatten in ihrem vorjährigen Geschäftsbericht allein für Streiks in anderen Berufen 200.000 Mark verausgabt.

Da sollten wir uns ein Beispiel nehmen! Auf den Wert des Protokolls glaube ich wohl nicht nötig zu haben, besonders hinzuzusetzen. Es ist für jeden Ueberzeugten Kollegen unentbehrlich und zu gleicher Zeit ein bedeutendes Stück Geschichte der städtischen Arbeiterbewegung Deutschlands.

Im Anschluß hieran möchte ich mich über die Organisationsfrage der städtischen Straßentrassenfahrer äußern. Nur den Artikel vom 30. August im "Courier" ist der Kollege Rhodes des längeren eingegangen. Unter anderem wurde angeführt, daß in dem Mannheimer Fall ein Kompromiß zu Stande gekommen wäre und daß von unserer Seite aus ein Wortbruch stattgefunden hätte. Ferner wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß Rhodes ein Feindbündel und dahinter eine der Verbandsgrößen zu suchen wäre. Auch dieses hätte widerlegt werden müssen, indem es nach außen einen Schatten zurückläßt.

In der Sache selbst bin ich der Meinung, daß wenn nach dem Verbandsentwurf geurteilt werden soll, die Straßentrassenfahrer wohl ohne weiteres zu unserem Verband gehören. Aber wie die Dinge bei dem Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter liegen, könnten diese auch dem Titel nach ebenfalls zuzurechnen sein. Die Frage zu entscheiden, welche von den beiden Organisationen für die Straßentrassenfahrer nun wirklich zuständig ist, ist doch nicht so leicht. Es muß da manches in Erwägung gezogen werden müssen. Indessen sollte hier die Interessengemeinschaft städtischer Straßentrassenfahrer und anderer städtischer Unterangestellten ausschlaggebend sein.

Ich sehe jedoch auf dem Standpunkt, daß man diese Grenzstreitigkeiten soviel wie möglich vermeiden soll, indem die kostbare Zeit damit vergeudet wird. Ich bin ferner der Meinung, daß es den fraglichen Straßentrassenfahrern überlassen bleiben muß zu entscheiden, welcher Organisation sie sich anschließen wollen, daß die Arbeit aber getragen und die Angelegenheit dem nächsten Gewerkschaftskongress unterbreitet werden muß. Es ist mein schmerzlicher Wunsch, daß diese Differenz nicht durch des Schwertes Schärfe, sondern in einer friedlichen Weise seinen Ausgleich findet.

Magdeburg. Riffe.

*) Anmerkung der Redaktion: Diejenigen Filialen verammungen, welche beschlossen haben, das Protokoll auf Kosten ihrer Filiale an die Mitglieder zu verbretten, haben dies aus agitatorischen Rücksichten getan und um die Gleichgültigkeit unter den Kollegen zu bekämpfen. Man darf hoffen, daß dieser Wechsel für die betreffenden Filialen sich doch als recht nützlich und vorteilhaft erweisen wird.